

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertfünfundsiebzigste öffentliche Sitzung

Nr. 175

Freitag, den 18. August 1950

VI. Band

	Seite
Geschäftliche Mitteilungen	767, 784
Erklärungen zu den Auseinandersetzungen am Schluß der 174. Sitzung	
Stoß (SPD)	767
Dr. Seidel (CSU)	768
Entwurf eines Betriebsrätegesetzes (Bei- lage 4000) — Erklärungen zur Schlußabstim- mung	
Stoß (SPD)	768
Dr. Hundhammer (CSU)	768, 772
Bezold Otto (FDP)	769
Dr. Hoegner (SPD), zur Geschäftsordnung	772
Höllnerer (FVG)	772
Hagen Lorenz (SPD)	772
Namentliche Abstimmung	773
Interpellation der Abgeordneten Stoß und Ge- nossen betr. Preissteigerung (Beilage 4159)	
von Knoeringen (SPD), Interpellant	774
Dr. Müller, stellv. Ministerpräsident	780
Dr. Hundhammer (CSU), z. Geschäftsordnung	783
Zietzsch (SPD), zur Geschäftsordnung	783
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Anlage zu Artikel 14 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. 3. 1949 über Landtagswahl, Volksbegehren und Volks- entscheid (Landeswahlgesetz) — Beilage 4143.	
Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter	783
Persönliche Erklärungen	
Hofmann (SPD)	784
Krempf (CSU)	784

Die Sitzung wird um 9 Uhr 23 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident Dr. Stang: Ich eröffne die 175. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Albert, Dr. Anfermüller, Dr. Ehard, Hofer, Huth, Körner, Dr. Kroll, Rübler,

Meißner, Meigner, Pabstmann, Dr. Pfeiffer, Pittroff, Prüschenk, Dr. Rindt, Röhlig, Schmidt Gottlieb, Wölsfel.

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): In Hinblick auf die Ereignisse, die sich gestern abend bei den Abstimmungen über das Betriebsrätegesetz hier abgespielt haben, bitte ich, die Beratungen zunächst zu unterbrechen. Die Fraktion der CSU möchte sich in einer Sitzung mit den Vorgängen befassen.

(Hört! bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Es werden wohl keine Bedenken bestehen, diesem Wunsch stattzugeben; es ist ja der Wunsch einer großen Fraktion dieses Hauses.

(Abgeordneter Höllnerer: Und die kleinen haben nichts zu sagen! — Abgeordneter Dr. Kief: Sie tun es aber doch!)

— Das Haus ist also damit einverstanden, daß ich die Sitzung für kurze Zeit unterbreche.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 9 Uhr 25 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 10 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident Dr. Stang: Nach der durch Fraktions- sitzungen veranlaßten Unterbrechung ist die Sitzung hiermit wieder aufgenommen.

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Stoß das Wort zu einer Erklärung.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Zu dem gestrigen Vorkommnis habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Meine gestrigen Ausführungen geschahen in großer Erregung. Eine Beleidigung von Mitgliedern dieses hohen Hauses ist mir völlig fern gelegen. Sollten meine Worte so empfunden worden sein, so bedauere ich das. Meine Worte entsprangen der Überzeugung, daß die verderbliche Politik der ehemaligen Bayerischen Volkspartei wesentlich zum Aufstieg des Nationalsozialismus

(Stoß [SPD])

beigetragen hat. An dieser Überzeugung muß ich festhalten. Ebenso beharren meine politischen Freunde und ich auf der Meinung, daß durch die Streichung der Worte „tariflich zuständigen Gewerkschaften“ im Betriebsrätegesetz den kommunistischen und rechtsradikalen Gruppchen ein unheilvoller Einfluß eingeräumt wird.

Präsident Dr. Stang: Zu einer weiteren Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Seidel.

Dr. Seidel (CSU): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Herr Kollege Stoß seine gestrigen Äußerungen zurückgenommen hat. Ich bin nach der Sitzung zu der Auffassung gekommen, daß es sich bei der Persönlichkeit des Herrn Kollegen Stoß nur um eine Bemerkung gehandelt haben konnte, die in einer Aufwallung des Unmuts und des Ärgers gemacht wurde und die nicht ernst gemeint war. Seine soeben abgegebene Erklärung hat das bestätigt. Ich stehe daher nicht an, zu sagen, daß auch ich erregt war und die in meinem Zwischenruf enthaltene Behauptung zurücknehme.

Präsident Dr. Stang: Ich möchte meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß auf diese loyale Art der Zwischenfall von gestern, soweit die Persönlichkeit des Herrn Kollegen Stoß und die des Herrn Dr. Seidel in Betracht kommen, aus der Welt geschafft ist.

Bezüglich der heutigen Tagesordnung darf ich folgendes sagen. Es war gestern die Überlegung angestellt worden, ob heute nicht zuerst die Interpellation besprochen werden soll. Aber ich bin der Meinung, daß wir gestern nur ein unvollendetes Werk geschaffen haben und daß die Schlußabstimmung zum Betriebsrätegesetz im Anschluß an die zweite Lesung stattfinden soll. — Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Abgeordneter Stoß!

Stoß (SPD): Wenn die Schlußabstimmung jetzt stattfinden soll, hätte ich vorher eine Erklärung meiner Fraktion abzugeben.

Präsident Dr. Stang: Ja, das bitte ich zu tun.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe zu dem Betriebsrätegesetz im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben.

Nach zweieinhalbjähriger mühevoller Arbeit in zahlreichen Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses und seines Unterausschusses sowie des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen war im Juli 1950 der Vollversammlung des Bayerischen Landtags ein von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen gebilligter Entwurf eines Betriebsrätegesetzes (Beilage 4000) vorgelegt worden. Zu allen wichtigen Beratungen der Ausschüsse hatte man Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen mit beratender Stimme zugezogen, deren Vorschlägen weitgehend Rechnung getragen wurde. Damit schien ein Ausführungsgesetz zu dem Artikel 175 der bayerischen Verfassung in greifbare Nähe gerückt zu sein, das allen Arbeitnehmern ein

weitgehendes Mitbestimmungsrecht in sozialen und wirtschaftlichen Fragen sichern und dadurch dem sozialen Frieden dienen sollte.

Schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs in der Vollversammlung des Landtags zeigte sich aber, daß **reaktionäre Kräfte** am Werke gewesen waren, die diesen mühsam aufgebauten Entwurf grundlegend verschlechtern oder gar zu Fall bringen wollten. In der zweiten Lesung haben nun diese sozial rückschrittlichen Kreise innerhalb der Fraktion der Christlich-Sozialen Union die Oberhand gewonnen. Sie haben das Gesetz, das dem sozialen Fortschritt dienen sollte, in wesentlichen Bestimmungen ins Gegenteil verkehrt. In der Gestalt, die es durch die Abstimmungen vom 17. August 1950 erhalten hat, bleibt es nicht nur hinter dem Betriebsrätegesetz von 1920, sondern auch weit hinter dem Antrag der CDU/CSU zu einem Bundes-Betriebsrätegesetz im Bundestag zurück.

Die Wiedereinführung der **Gruppenwahl** (§ 13) stört den Betriebsfrieden und zerschlägt die Betriebs-einheit. Durch die Aufspaltung des Betriebsrats in Gruppenräte wird es Arbeitgebern leicht gemacht, die einzelnen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Im ganzen Gesetz wurde der **Begriff der tariflich zuständigen Gewerkschaften** ausgetilgt, so daß nunmehr auch nichttariffähige, unbedeutende Splittergruppen von Arbeitnehmerorganisationen auf das Schicksal der Betriebe störend Einfluß nehmen können.

Der **Schutz der Arbeitnehmer** in Betrieben ohne Betriebsrat gegen willkürliche Kündigungen ist ungenügend geregelt.

Die **Mitwirkung der Beamtenbetriebsräte** wird dadurch inhaltlos, daß die vorgesehene Behörde, die doch Partei ist, endgültig entscheidet. Unser wohlüberlegter Antrag, ein **überparteiliches Schiedsgericht** einzuschalten, wurde aus uns unbegreiflichen Gründen abgelehnt. Selbst die nur gutachtliche Äußerung des Betriebsrats bei dienstlichen Beurteilungen in § 117 wurde in der zweiten Lesung gestrichen. Damit ist der Abschnitt C des Betriebsrätegesetzes über die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in öffentlichen Betrieben völlig entwertet.

Unter diesen Umständen muß die sozialdemokratische Landtagsfraktion jede Verantwortung für dieses wider Erwarten nunmehr **mißratene Gesetz** ablehnen. Wir bedauern diesen unseligen Ausgang um so mehr, als die offensichtlichen außen- und innenpolitischen Gefahren das friedliche Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte im Geiste des sozialen Fortschritts unbedingt erfordern würden.

Die Verantwortung für diese verhängnisvolle Entwicklung trägt ausschließlich die Mehrheitspartei dieses Landtags, die Christlich-Soziale Union.

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer (CSU): Ich darf meiner allgemeinen Bemerkung zum Gesetz als solchem noch einen Satz voranschicken, der sich mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stoß in seiner eingangs abgegebenen Ehrenerklärung befaßt. Er hat der früheren

(Dr. Hundhammer [CSU])

Bayerischen Volkspartei Vorwürfe gemacht, die ich nicht als gerechtfertigt anerkennen kann

(Sehr richtig! bei der CSU)

als ein Mann, der in den Reihen der Bayerischen Volkspartei vor 1933 gegen den Nationalsozialismus in einer Härte angelämpft hat wie wenige andere und der dafür dann auch in der Zeit des Nationalsozialismus die Konsequenzen getragen hat.

(Zuruf des Abg. Stöck.)

Nun zu dem Betriebsrätegesetz als solchem. Die Fraktion der CSU ist der Auffassung, daß ein Betriebsrätegesetz notwendig ist zur Ausführung der Bestimmungen der bayerischen Verfassung. Der Inhalt des Gesetzes mit seinen über 100 Paragraphen ist in eingehenden Beratungen vorbereitet worden.

Die Debatte hatte sich in der Hauptsache auf den § 11 konzentriert, das heißt auf die **Abgrenzung der Betriebe**, die Betriebsräte zu wählen haben. Bei dieser als der wesentlichsten Bestimmung, zu der viele Anträge vorgelegen haben, hat die Oppositionspartei ihre Auffassung mit Hilfe eines Teils der Mehrheitspartei zum Sieg bringen können. Die Mehrheitspartei hat die Entscheidung in diesem Punkt ohne Widerspruch akzeptiert.

Bei den übrigen Bestimmungen, die geändert worden sind, handelt es sich nicht um Entscheidungen von so schwerwiegender Bedeutung, auch nicht bei der Frage der Gruppenwahl, die ja auch schon im früheren Text mit vorgesehen war und jetzt nur an die erste Stelle gesetzt worden ist, während früher die gemeinsame Wahl an erster Stelle stand. Deswegen ist das keine so fundamentale Veränderung.

Die übrigen Bestimmungen, die geändert worden sind, sind hier im Hause nicht diskutiert worden. Es wäre dazu die Gelegenheit geboten gewesen. Ich möchte aber doch auf ein paar Einzelheiten antworten, die in der **Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion** erwähnt worden sind. Das ist einmal die Frage eines ungenügenden Schutzes gegen willkürliche Kündigungen. Der **Schutz gegen willkürliche Kündigungen** ist auf Grund des vom Herrn Arbeitsminister Krehle als Mitglied des Hauses eingebrachten Antrags so geregelt, wie es bisher war. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß der Herr Arbeitsminister den wirklichen Bedürfnissen der Arbeiterschaft auf Schutz gegen willkürliche Kündigungen ausreichend, genügend und sachkundig Rechnung zu tragen wußte. Dieser Antrag ist angenommen.

Das Gesetz bleibe, wird dann gesagt, zurück hinter den früheren Regelungen. Soweit das Gesetz hinter früheren Regelungen zurückbleibt, ist dieses Zurückbleiben seinerzeit in der Vorkommission mit Zustimmung der SPD-Fraktion selber beschlossen worden.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Widerspruch bei der SPD. — Abg. von Knoeringen: Ihre Beschlüsse von gestern!)

— Die gestrigen Beschlüsse bringen darin nichts Neues.

Wenn dann davon gesprochen wird, daß man der SPD durch die Zulassung der **Gruppenwahl** entgegenkomme, die, ich betone und wiederhole es, in der

Fassung, die von Ihnen selber vorher gebilligt war, schon mit enthalten war, also die Möglichkeit sie zu beschließen, so möchte ich hierzu sagen, daß Sie heute **kommunistische Betriebsräte** bereits in allen größeren Betrieben finden können.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Zuruf von der SPD: Wir haben sie hinausgewählt.)

Die Fraktion der CSU, die ihrerseits gewiß nicht alle ihre Wünsche hat durchsetzen können und sich manches anders gewünscht hätte, wird aus der Überzeugung heraus, daß ein Betriebsrätegesetz notwendig ist und zur Befriedigung dienen wird, dem Gesetz geschlossen zustimmen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Otto Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich kann mich nach den sachlichen Ausführungen des Herrn Vorredners darauf beschränken, zu erklären, warum die FDP nicht in der Lage ist, das Betriebsrätegesetz anzunehmen. Ich möchte aber nicht unterlassen, einiges Persönliche zu erwähnen was diese Entscheidung mit trägt.

Ich habe aus der „Fränkischen Tagespost“ vom 12. Juli 1950 erfahren, die Beratungen über das Betriebsrätegesetz und die Entscheidung im Landtag, also die Entscheidung am heutigen Tag, ständen unter dem Druck der Tatsache, daß die Unternehmer den, um ein Wort des Herrn Kollegen Stöck zu wiederholen, reaktionären Parteien 600 000 DM Wahlgelder angeboten hätten, damit dieses Betriebsrätegesetz so ausfalle, wie es sich die Unternehmer wünschen.

(Zurufe der Abg. Hagen Lorenz und von Knoeringen.)

Es war schon davon die Rede, daß drei **Vertreter des Unternehmertums** und des **Handwerks** hier im Landtag wie die Heiligen Drei Könige aufgetaucht seien, sich mit einigen böswilligen Abgeordneten, zu denen natürlich auch ich zähle — das ist mir nachträglich auch sonst noch wiederholt bestätigt worden —, zusammengesetzt und, ich weiß nicht, ob mit oder ohne Schenkung von Gold und Myrrhen, mit ihnen darüber gesprochen hätten, das Betriebsrätegesetz zu torpedieren. Es hat wenig überzeugt, daß ich hier erkläre, daß dem nicht so sei, daß im Gegenteil weiteste Kreise der Unternehmerschaft uns beschworen hätten, das Betriebsrätegesetz anzunehmen, und daß wir als FDP, wenn wir als Unternehmerspartei gebrandmarkt werden sollten, eigentlich allen Grund gehabt hätten, dieses Betriebsrätegesetz anzunehmen. Ich glaube, ich brauche nicht zu erklären, daß ich von den 600 000 DM Wahlgelder bis heute leider, möchte ich sagen, noch nichts gesehen habe.

(Abg. Dr. Hundhammer: Wir leider auch nicht!

— Abg. Dr. Hille: Das weiß man nicht!)

— Herr Kollege Dr. Hille, ich habe auch gesagt „leider“. Ich möchte in dem „leider“ beinhaltet wissen, daß ich auch nicht annehme, je etwas davon zu sehen. Es besteht auch ein Unterschied zwischen sehen, anbieten und annehmen.

(Bezold Otto [FDP])

Ich kann nur soviel sagen: Unsere Erkenntnisse und Entscheidungen sind nicht durch Versprechungen und dergleichen beeinflusst worden. Es ist aber immerhin erstaunlich und steht im Zusammenhang mit den sachlichen Fragen, wenn die gleiche Presse schreibt, es sei behauptet worden, daß die **Mitbestimmung** der **Weg zum Kollektivismus** russischer Prägung sei. Das wird heute bestritten. Es war der Herr Abgeordnete Weinzierl, der in die früheste Geschichte zurückgegangen und Gestalten der Religion bei diesem höchst realen und zweckbestimmten Gesetzeswerk beschworen hat. Ich weiß nicht, ob das notwendig war.

Ich möchte aber nicht versäumen, diesen Ausführungen Sätze aus dem Werk eines Mannes gegenüberzustellen, dem keineswegs bestritten werden kann, ein politischer Mensch, ein Mensch rein politischer Agilität und Kapazität gewesen zu sein: ich meine das Werk **Lenins**.

(Abg. von Knoeringen: Das habe ich mir gedacht. — Abg. Dr. Hoegner: Mit dem haben wir nicht das geringste zu tun.)

Ich bin überzeugt und weiß — —

(Abg. Dr. Hoegner: Die Rede müssen Sie in der Ostzone halten!)

— Ich bin auch bereit, die Rede in der Ostzone zu halten.

(Oho! bei der SPD.)

— Es war eine Reihe von unseren Parteifreunden, die in der Ostzone ganz andere Reden gehalten haben, die noch sehr viel eindeutiger waren. Sie sitzen jetzt allerdings teilweise in Sibirien.

(Abg. Dr. Hoegner: Die unseren schon längst!)

— Das habe ich nicht bestritten.

(Abg. Dr. Hoegner: Bevor die Ihrigen drüben kompromittiert haben!)

— Ich weiß nicht, was das bedeuten soll. Den Ausdruck „kompromittiert“ muß ich zurückweisen, Herr Kollege Hoegner. Ich möchte auch nicht haben, daß wir heute die gleiche gespannte und erregte Atmosphäre wie gestern bekommen. Ich möchte Ihnen nur eins sagen: Ich bin nicht überzeugt, daß derjenige, der schreit und aufgeht, unbedingt recht hat. Nach meiner Überzeugung ist es auch keineswegs ein Beweis dafür, daß gewisse Gruppen im Staat keinen totalitären Willen haben, und dieser Beweis wird durch ein solches Benehmen nicht unbedingt erbracht.

(Sehr gut.)

Wenn ich diesen Satz Lenins bringe — ich bringe nur den einen —, so bin ich weit davon entfernt, zu glauben oder etwa gar Ihnen in die Schuhe zu schieben, daß irgendeine Gruppe hier etwa das Betriebsrätegesetz und das im Betriebsrätegesetz enthaltene **Mitbestimmungsrecht** sich dahin auswirken lassen will, wie das ein Mann wie Lenin von vornherein vorgehabt hat. Aber, meine Herren, Sie werden nicht umhin können, anzuerkennen, daß auf diesem Wege bestimmte Gefahren bestehen und daß, wenn eine **diktatorische und kommunistische Natur wie Lenin** diesen Weg als den richtigen Weg zur **Zersetzung der Demokratie** erkannt und

ihn in Rußland auch mit Erfolg beschritten hat, zum mindesten die Gefahr besteht, daß diese Erkenntnis richtig sein könnte. Ich sehe nicht ein, warum das Zitat eines modernen Politikers in einer derartigen Debatte nicht ebenso angebracht sein soll wie der Hinweis auf religiöse Gestalten.

(Abg. Dr. Hoegner: „Modern“ ist gut.)

— Ich rechne die Moderne immerhin noch bis zur Jahrhundertwende;

(Abg. Dr. Hoegner: Überholt durch Stalin.)

denn wir leiden immer noch unter den Dingen, die sich damals angebahnt haben. Lenin sagt:

„Die Arbeiterkontrolle wird von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebs durchgeführt; entweder direkt, wenn der Betrieb so klein ist, daß das möglich ist, oder von ihren gewählten Vertretern, die sofort in allgemeinen Versammlungen zu wählen sind.“

Das sind Worte, die immerhin bedenklich machen müssen.

(Abg. von Knoeringen: Ich habe mir gedacht, wunder was da kommt.)

— Ich habe es Ihnen erspart, noch Deutlicheres zu hören, weil ich weiß, dann kommt der Einwand, daß das zweckbestimmt erscheint. Ich kann Ihnen aber nicht ersparen, zu sagen: Das, was nun nach dem Zeitungsartikel, den man ja nur niedriger hängen kann, geschehen ist, hat mich keineswegs von der Harmlosigkeit und von der demokratischen Form, in der die Dinge abgewickelt werden sollen, überzeugt. Es ist mir in einer ganzen Reihe von Briefen und zuletzt mit einem Paß großer und bestimmt teurerer Telegramme bestätigt worden, daß ich natürlich ein Mensch von reaktionärster Anschauung sei und daß ich das Recht verwirkt habe, mich Vertreter der Arbeitnehmer zu nennen, wenn ich mich den Erkenntnissen des Sozialpolitischen Ausschusses verschließen würde.

(Zuruf links: Nennen wir Sie ja gar nicht.)

— Es ist nun eine Geschmacksfrage, inwieweit man mit den Dingen noch einverstanden sein kann oder nicht. Aber es geht noch weiter. Man sagt: „Ihre Stellungnahme wird bei den kommenden Landtagswahlen bekanntgegeben werden.“ Wenn man solche Sätze liest, fragt man sich mit einer gewissen Bangnis: Wann werden wir eigentlich in Deutschland einmal so weit sein, daß man auch den politischen Gegner anerkennt und ihm zubilligt, auch er entscheidet aus sachlichen Gründen?

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz.)

— Darüber bin ich schon hinweg. Versuchen Sie einmal, die 600 000 Mark zu beweisen.

(Zuruf links: Wir haben die Flugblätter, die die Unternehmer geschrieben haben.)

— Ich habe keins davon bekommen, nicht ein einziges.

(Zuruf links: Wir haben sie.)

— Im übrigen, Herr Kollege Hagen, überzeugt mich der Einwand in keiner Weise. Diese Erklärungen sind glattweg eine eindeutige Drohung, nämlich die Drohung: wir werden auf unsachlicher Basis Deine Wiederwahl in den Landtag stören.

(Abg. von Knoeringen: Das heißt nur: Wir werden Dich nicht wählen.)

(Bezold Otto [FDP])

— Mein, es heißt: wir werden Dich nicht wählen lassen. Ich hätte mir die Mühe machen können, hier Sätze zu zitieren, die solchen aus der Wahlpropaganda und aus der Wahlarbeit einer Partei verzweifelt ähnlich sehen, von der wir alle nichts mehr wissen und nichts mehr hören wollen. Ich will es aber nicht tun.

(Sehr gut!)

Zu denken gibt mir auch, wenn ich vom Kollegen Krempf höre, daß man in seinem Wahlbezirk sogar dazu aufgefordert hat, ihn geschäftlich zu schädigen.

(Abg. Dr. Hoegner: Ist ja nicht wahr!)

— Zu denken gibt mir weiter, wenn ich höre, daß sich bei dem Verlangen nach Gruppenwahl in Töging Schwierigkeiten ergeben haben, weil offensichtlich eine Macht im Lande glaubt, allein das Recht zu haben, für sich alles durchzusetzen und für sich in Anspruch zu nehmen, daß sie allein als Verteidigerin des sozialen Gedankenguts auftreten kann.

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz.)

— Vielleicht unterbrechen Sie mich nicht immer, Herr Kollege Hagen. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich Sie jemals unterbrochen habe. Sie haben dann genau so wie ich Gelegenheit, hier heraufzugehen und alles das zu bestreiten, was ich gesagt habe. Es hat gar keinen Sinn, durch lange Zwischenrufe zur Sache die Rede dessen, der hier steht, zu verlängern. Damit ist keinem gedient. Ich bin sowieso davon überzeugt, daß ich Sie nicht überzeugen kann.

Um auf das Sachliche zu kommen: Ich habe Ihnen damals schon erklärt: Die Kluft zwischen unserer Auffassung und derjenigen der Linken des Hauses von der persönlichen Freiheit besteht darin, daß wir es nicht gerne sehen, wenn diese persönliche Freiheit von einer Personengemeinschaft, von einem Organismus, vertreten wird. Wir werden das eindämmen, so weit wir es eindämmen können. Wir haben es der CSU gegenüber gemeinschaftlich mit Ihnen auf kulturpolitischem Gebiet eingedämmt. Ich muß allerdings sagen: Die Reaktion der CSU war eine bedeutend sachlichere, mildere und realere als die Reaktion von Ihrer Seite in Fragen des Betriebsrätegesetzes.

(Abg. Schefbeck: Eine höflichere.)

Sie dürfen eines nicht vergessen: Wir sind in der Hauptfrage, die uns außerordentlich am Herzen lag, in der Frage des § 11 überstimmt worden. Wir haben dazu geschwiegen und diese Überstimmung ruhig und demokratisch hingenommen, nicht zuletzt deshalb, weil wir wissen, daß jedes Ding seine zwei Seiten hat und daß auch die erzielte Regelung ihr Gutes haben kann, und weil wir überzeugt waren, daß die Herren, die uns überstimmt haben, aus ihrer Überzeugung, aus ihrem Gewissen heraus ihre Stimme so abgegeben haben, wie sie es für gut und richtig hielten. Wir haben das nicht bestritten. Ich weiß nicht, warum das allen anderen bestritten wird, warum die Herren jedes Mal außerordentlich erregt werden und gegenseitig aneinander geraten, wenn die Dinge einmal anders laufen, als sie es sich vorgestellt haben.

Meine Damen und Herren, ich sagte schon: Wir schwärmen nicht für den Gedanken, daß die Freiheit

des einzelnen Menschen durch Organisationen vertreten wird. Ich habe Ihnen damals auch erklärt: Solange die Männer an der Spitze dieser Gemeinschaften stehen, die heute dort sind, wird selbstverständlich keine Gefahr bestehen. Darin sind wir mit Ihnen einig.

(Abg. Hagen Lorenz: Dann sorgen Sie dafür, daß sie dort bleiben.)

— Herr Kollege! Darauf kann ich Ihnen nur antworten: Schauen Sie sich einmal die Geschichte an; Sie hätten dann den Zwischenruf wahrscheinlich nicht gemacht. Ich habe seinerzeit erklärt: Wir sind deswegen dagegen, weil die Gefahr besteht, daß andere Männer an die Spitze kommen, und zwar ganz einfach deshalb, weil auf dem Wege zu irgend einem Ziel der Radikale notwendigerweise und gesetzmäßig durch den Radikaleren verdrängt wird.

Nach all dem, was bisher geschehen ist, kann ich mich nicht Ihrer Auffassung anschließen, diese Gefahr bestünde nicht. Diesen Gedanken möchte ich ausdrücklich unterstreichen; wahrscheinlich wäre er für mich allein ein Grund, in der Frage der Annehmbarkeit des Gesetzes außerordentlich vorsichtig zu sein.

Meine Damen und Herren! Was nun die Gruppenwahl anlangt, so ist sie bestimmt lange nicht so energievoll für die Wirkung des Gesetzes wie die Bestimmung — —

(Abg. Dr. Hoegner: Das ist keine kurze Erklärung!)

— Ich habe nicht gesagt, daß ich eine kurze Erklärung abgeben werde. Die Gruppenwahl ist bestimmt nicht so wichtig, wie die Bestimmung des § 11. Wenn wir zu dieser Gruppenwahl teilweise ja gesagt haben, so haben wir es deshalb getan, weil wir der Überzeugung sind, daß die Differenzierung in diesen Dingen noch immer die beste Waffe und die beste Sicherung gegen eine Einheit ist, die nur zu leicht zu einer Einheit der Diktatur und des Überwillens wird.

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Bezold, ich bedauere, sie unterbrechen zu müssen. Ich muß aber auf den § 89 Absatz 1 der Geschäftsordnung aufmerksam machen, der besagt, daß zu jeder Abstimmung kurze Erklärungen abgegeben werden können, eine Aussprache darüber aber nicht stattfindet. Ich kann auch nachfolgenden Rednern, die auf Ihre Ausführungen erwidern wollen, nicht das Wort geben, weil das gegen die Geschäftsordnung verstoßen würde.

(Zuruf von der SPD.)

Bezold Otto (FDP): Herr Präsident, ich habe nur noch einen Satz zu sagen, und dieser lautet: Wir haben aus dem gleichen Grund, nämlich dem Willen zur Differenzierung, die das Natürliche im Leben ist, nicht der Vorschrift zugestimmt, daß die Beamten dem Betriebsrätegesetz unterworfen werden und damit ein Organismus, dem die Voraussetzungen des Betriebsrätegesetzes fremd sind und der anders gegliedert ist, durch ein Gesetz an einen artfremden Organismus gekettet wird.

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Bezold, ich bitte Sie, sich kurz zu fassen. Es kann nur eine kurze Erklärung vor der Abstimmung abgegeben werden. Ich kann keine Rücksicht mehr nehmen.

Bezold Otto (FDP): Wir stimmen dem Betriebsrätegesetz vor allem wegen des § 2 nicht zu.

(Beifall bei der FDP. — Abg. Dr. Hoegner:
Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Hoegner, bitte!

Dr. Hoegner (SPD): Der Herr Präsident hat übersehen, den Absatz 2 des § 89 der Geschäftsordnung vorzutragen, der folgendermaßen lautet:

Der Präsident hat den Umfang solcher Erklärungen — nötigenfalls durch Wortentziehung — möglichst zu beschränken.

Das ist nicht geschehen. Erst auf meine Mahnung hin hat der Herr Präsident eingegriffen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Aussprache wieder eröffnet ist, da sich der Herr Kollege Bezold nicht an den § 89 der Geschäftsordnung gehalten hat.

(Sehr richtig! bei der SPD. — Lachen bei der CSU.)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, bitte!

Dr. Hundhammer (CSU): Das Ermessen, wie weit eine Erklärung zu begrenzen ist, ist Sache des Präsidenten. Der Präsident hat eingegriffen, als er die Erklärung in ihrem zeitlichen Ausmaß als einen Verstöß gegen die Geschäftsordnung betrachtete und betrachten mußte.

(Abg. Dr. Hoegner: Als er darauf aufmerksam gemacht wurde.)

Auf das Eingreifen des Präsidenten hin hat der Herr Abgeordnete Bezold seine Erklärung beendet. Damit ist der rechtliche Tatbestand für eine Wiederaufnahme der Debatte nicht gegeben.

(Sehr wahr! bei der CSU. — Widerspruch bei der SPD.)

Präsident Dr. Stang: Bevor der Herr Abgeordnete Höllerer das Wort zu seiner Erklärung nimmt, möchte ich folgendes feststellen: Ich habe vorhin der Vorschrift der Geschäftsordnung entsprochen. Es ist zunächst meinem Ermessen überlassen, zu beurteilen, ob eine Erklärung über das richtige Zeitmaß hinausgeht. In der Wahrnehmung dieses meines Rechts habe ich jedenfalls nicht gegen die Geschäftsordnung gehandelt.

Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (FFG): Meine Damen und Herren! Ich habe es bedeutend leichter und einfacher, für unsere Fraktion eine Erklärung abzugeben. Wir sind uns bewußt, daß die Würze durch die Kürze bestimmt ist und haben nur zu sagen,

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie gleichen das aus, was Herr Bezold zuviel an Zeit gebraucht hat.)

daß wir das Gesetz ablehnen werden. Die Gründe für unsere Ablehnung, meine Damen und Herren, sind Ihnen dann bekannt, wenn Sie uns gestern im Verlauf der Abstimmung gefolgt sind und beachtet haben, bei

welchen Paragraphen wir Ja und bei welchen wir Nein gesagt haben.

(Zuruf von der SPD: Eine sehr komplizierte Sache!)

— Sehr kompliziert für die, die nicht darauf geachtet haben, und sehr einfach für die, die es taten.

(Beifall bei der FFG.)

Präsident Dr. Stang: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Hagen Lorenz zu Wort gemeldet. Er will aber zu dem sprechen, was der Herr Abgeordnete Bezold ausgeführt hat. In dem von mir vorhin verlesenen Satz des § 89 Absatz 1 heißt es:

Zu jeder Abstimmung können kurze Erklärungen abgegeben werden. Eine Aussprache darüber findet nicht statt.

Wenn aber jetzt dem, was der Herr Abgeordnete Bezold vorhin gesagt hat, eine Erwiderung folgt, so ist das eine Aussprache, es sei denn, daß diese Erklärung anders gestaltet ist.

Hagen Lorenz (SPD): Herr Präsident, seien Sie überzeugt, daß ich den § 89 der Geschäftsordnung beachten werde. Ich darf aber für mich in Anspruch nehmen, eine kurze Bemerkung zu den irrtümlichen Behauptungen der Herren Vorredner zu geben.

Präsident Dr. Stang: Das würde also im Rahmen einer persönlichen Bemerkung geschehen.

Hagen Lorenz (SPD): — Nein, es ist keine persönliche Bemerkung, sondern eine Bemerkung für meine Gesamtfraktion.

Meine Damen und Herren! Meine Herren Vorredner haben heute verschiedentlich behauptet, daß wir gewissermaßen aus Verärgerung nicht mitgearbeitet haben. Ich erkläre Ihnen: Das ist nicht richtig. Wir haben dem Gesetz in seiner jetzigen Form nur deshalb nicht zustimmen können, weil wir als die stärkste Arbeiterpartei in Bayern die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten haben.

Herr Kollege Dr. Hundhammer hat weiter die Behauptung aufgestellt, § 13 sei in den Ausschußberatungen mit unserer Zustimmung angenommen worden. Auch das ist nicht richtig. Vielmehr sind wir Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Arbeitsausschuß überstimmt worden. Wir sind schon damals gegen die Fassung des § 13 gewesen.

(Widerspruch bei der CSU.)

Ich habe weiter zu erklären, daß ich in meiner Rede bei der Generaldebatte, als ich die Worte von dem Dreigestirn gebrauchte, nicht — wie heute behauptet worden ist — gesagt habe, daß sich dieses Dreigestirn mit einer Gruppe von Abgeordneten zusammengesetzt habe. Sie haben sie einzeln vorgenommen. Auch an mich ist man herangetreten und hat von mir daselbe verlangt. Als ich hinterher den Leuten gesagt habe: Guer Erfolg wird nicht allzu groß sein, mögt Ihr auch persönlichen Einfluß ausgeübt haben, ist das von den Herren unwidersprochen entgegengenommen worden.

Und noch ein letztes: Wenn der Herr Kollege Bezold die Gruppenwahl zum Betriebsrat in Töging anführen

(Hagen Lorenz [SPD])

will, dann würde ich ihm in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gewerkschaften Bayerns empfehlen, sich erst einmal eingehend über den Sachverhalt zu orientieren. Dann könnten wir noch einmal zusammen darüber reden, und ich glaube, ich würde den Herrn Kollegen Bezold davon überzeugen können, daß das, was ihm zugetragen wurde, falsch ist.

Präsident Dr. Stang: Bevor wir die Schlußabstimmung vornehmen, möchte ich auf folgendes hinweisen: Wir haben gestern entsprechend der ersten Lesung auch dem § 128 zugestimmt, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestimmt. Es heißt hier in der Fassung der ersten Lesung:

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Abschnittes B I am 1. September 1950 in Kraft.

Im Hinblick auf die durch die Hohe Kommission vorgeschriebene dreiwöchige Frist ist hier eine Korrektur vorzunehmen. Ich würde Sie bitten, darüber nicht noch einmal eine große Abstimmung vorzunehmen, sondern den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes auf den 15. September festzusetzen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Einverstanden!)

— Das Haus ist damit einverstanden. Der Senat hat auch noch dazu Stellung zu nehmen, und dann ist die dreiwöchige Frist zu wahren, die die Hohe Kommission vorgeschrieben hat.

Wir kommen nun zur **Schlußabstimmung**. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung findet über Gesetzesvorlagen eine **namensliche Abstimmung** statt; das ist die allgemeine Regel. Wenn niemand im Hause widerspricht, kann der Präsident die Abstimmung in einfacher Form durchführen. Ich möchte aber meinen, im Hinblick auf die Bedeutung dieses Gesetzes sollte die Schlußabstimmung darüber in der Form einer namenslichen Abstimmung vorgenommen werden.

(Zurufe von der CSU: Jawohl!)

— Aus dem Haus erhebt sich kein Widerspruch.

Ich bitte dann, die notwendigen Vorbereitungen für die namensliche Abstimmung zu treffen. Ich bitte diejenigen, die sich für das Gesetz erklären wollen, beim Namensaufruf mit Ja zu antworten und eine blaue Karte in die Urne zu legen. Diejenigen, die das Gesetz ablehnen wollen, bitte ich, beim Namensaufruf mit Nein zu antworten und eine orangefarbene Karte in die Urne zu geben. Diejenigen, die sich der Stimme enthalten wollen, bitte ich eine weiße Karte abzugeben und hinzuzufügen: „Ich enthalte mich.“ Ich glaube, es ist jetzt klar und deutlich. Die häufige Übung wird ja allmählich einen ungehinderten Fortgang des Wahlaktes ermöglichen.

Der Namensaufruf beginnt; er wird vorgenommen von der Schriftführerin Frau Zehner. —

Das Alphabet wird wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung wird sofort vorgenommen.

Die Schlußabstimmung über das Betriebsrätegesetz hat folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 154 Stimmen. Mit Ja stimmten 86 Mitglieder des Hauses, mit

Nein 66, der Stimme enthalten haben sich 2 Mitglieder des Hauses.

Mit Ja stimmten die Abgeordneten:

Ammann, Bachmann, Baumeister, Berger Ludwig, Berger Rupert, Bickler, Brandner, Braun, Brumberger, Centmayer, Dietlein, Donsberger, Eder, Egger, Eichelbrönnner, Emmert, Euerl, Faltermeier, Fischer, Freundl, Gehring, Gröber, Dr. Gromer, Haaf, Haug Georg, Haugg Pius, Held, Helmerich, Hirschenauer, Huber Sebastian, Dr. Hundhammer, Kaiser, Kraus, Krehle, Krempf, Dr. Kroth, Kurz, Dr. Lacherbauer, Lau, Dr. Lehmer, Luz, Mack, Maderer, Maier Anton, Mayer Gabriel, Melchner, Michel, Dr. Müller, Nagen-gast, Noste, Nüssel, Ortloff, Piechl, Pösl, Prechtl, Dr. von Brittwitz und Gaffron, Riß, Schäfer, Schefbeck, Dr. Schlögl, Schmid Karl, Schmidt Gottlieb, Schöner, Schraml, Schwägerl, Dr. Schwalber, Dr. Seidel, Dr. Stang, Stinglwagner, D. Strathmann, Strobel, Stücklen, Dr. Stürmann, Thaler, Trepte, Trettenbach, Vidal, Weiglein, Weinzierl Alois, Weinzierl Georg, Dr. Winkler, Dr. Wittmann, Witzlinger, Zehner, Zill-biller, Zißler.

Mit Nein stimmten die Abgeordneten:

Allwein, Bauer Hannsheinz, Baur Anton, Dr. Beck, Bezold Georg, Bezold Otto, Bitom, Bodesheim, Brunner, Diel, Drechsel, Dr. Franke, Friebel, Gräßler, Haas, Hagen Georg, Hagen Lorenz, Hauffe, Hemmersbach, Dr. Hille, Dr. Hoegner, Höllerer, Hofmann, Dr. Huber Franz Josef, Keeß, Kerner, Kiene, Kleffinger, von Knoeringen, Kramer, Kunath, Laumer, Leupoldt, Ludwig, Lugmair, Maag, Meyer Ludwig, Miehling, Muhr, Op den Orth, Peschel, Piehler, Riedmiller, Dr. Rief, Ritter von Rudolph, Röll, Roiger, Roith, Scharf, Scherber, Schlichtinger, Schneider, Schöllhorn, Schöpf, Schütte, Seifried, Stodt, Stöhr, Straßer, Lüber, Vogl, Wallner, Wilhelm, Wimmer, Wolf, Zietsch.

Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten:

Schmid Andreas, Weidner.

Ich stelle somit fest, daß das Betriebsrätegesetz mit Mehrheit in diesem Hause angenommen worden ist. Es ist das zweite große und bedeutame Gesetzgebungs-werk, das wir in diesem Tagungsabschnitt geschaffen haben. Zwei volle Jahre ist an diesem Gesetzgebungs-werk gearbeitet worden, und zwar, wie ich überzeugt bin, in der ehrlichen Absicht, das Beste für die Arbeit-nehmer gemäß den Bestimmungen der Verfassung zu tun. Ich möchte nicht versäumen, allen denen, die an dieser hingebenden Arbeit beteiligt waren, den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, vor allem den beiden Herren Vorsitzenden der Ausschüsse, nämlich dem Herrn Abgeordneten Trettenbach, der im Sozialpoliti-schen Ausschuß den Vorsitz führt, und dem Herrn Ab-geordneten Dr. Hoegner, der der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses ist; dann den beiden Her-ren Berichterstattern, weiter den Unterausschüssen und allen Mitgliedern der Ausschüsse.

Ich wünsche, daß dieses Werk, mag es auch seine Unvollkommenheiten haben, auf dem sozialen Gebiet entsprechend den Intentionen des Artikels 175 unserer bayerischen Verfassung zu einem **Arbeitsfrieden** und zu einer **sozialen Befriedung** überhaupt führen möge.

(Präsident Dr. Stang)

Damit verlassen wir diesen Punkt und gehen zum ersten Punkt der heutigen Tagesordnung über:

Interpellation der Abgeordneten Stod und Genossen betreffend Preissteigerung (Beilage 4159)

Die Interpellation wird von dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen verlesen.

von Knoeringen (SPD): Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion hat folgenden Wortlaut.

Was gedenkt die Staatsregierung angesichts der fast von Tag zu Tag zunehmenden Verteuerung aller Lebensmittel und wichtigen Verbrauchsgüter zu tun?

Ist sich die Staatsregierung darüber im klaren, daß die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Konsumgüter weiteste Kreise des Volkes in eine katastrophale Lage bringt und daß damit die sozialen Spannungen und Gegensätze unerträglich gesteigert werden?

Glaubt die Staatsregierung, daß die Kaufkraft, die ohnehin nur etwa zwei Drittel der Kaufkraft von 1938 beträgt, weiterhin absinken kann, ohne daß schwere wirtschaftliche, soziale und politische Gefahren daraus erwachsen?

Glaubt sie, daß die schaffenden Stände unseres Volkes auf die Dauer die krasse Selbstsucht rassender Kreise mit Vammesgeduld hinnehmen?

Ist die Staatsregierung angesichts dieser unerträglich gewordenen Wirtschaftslage bereit, sofort Teuerungszulagen für die am meisten Betroffenen, nämlich Sozialrentner, Fürsorgeempfänger sowie kleine Lohn- und Gehaltsempfänger, vorzusehen?

Was hat die Staatsregierung bisher im Bundesrat oder in eigener Zuständigkeit getan, um diesen verheerenden Auswirkungen der Teuerungswelle zu begegnen?

Präsident Dr. Stang: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Müller, stellvertretender Ministerpräsident: Die Staatsregierung ist bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident Dr. Stang: Dann erteile ich das Wort zur Begründung der Interpellation dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen.

von Knoeringen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von mir soeben verlesene Interpellation bedarf eigentlich keiner Begründung. Sie spricht für sich selbst. Wenn ich jedoch im Auftrag meiner Fraktion einige erläuternde Worte anfüge, so zu dem Zweck, Argumenten zu begegnen, die gegen die Interpellation vorgebracht werden könnten.

Da ist vor allem ein Argument: Ist der Bayerische Landtag überhaupt der Platz, eine solche Interpellation vorzutragen? Die bayerische Staatsregierung ist nicht die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik. Die bayerische Staatsregierung hat nur einen indirekten Einfluß auf die wirtschaftspolitische Entwicklung, sie

hat nur einen indirekten Einfluß auf die Regelung der Preise. Diesem wohl vorgebrachten Einwand möchte ich folgendes entgegensetzen: In einer Demokratie ist die **öffentliche Meinung** eine Macht. In einer Demokratie, die zur sozialen Demokratie sich entwickeln wird, ist die Meinung und die **Haltung der arbeitenden Schichten** der entscheidende Bestandteil der Entwicklung des Staates überhaupt.

Die **Teuerungswelle**, die in den letzten Wochen und Monaten über uns hinweggeht, hat eine **tiefe Beunruhigung** in den Kreisen der arbeitenden Menschen, die niedere Gehalts- und Lohninkommen haben, hervorgerufen. Diese Stimmung hat sich ausgedrückt in zahlreichen Protestkundgebungen, an denen Millionen Menschen in Westdeutschland teilgenommen haben. Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß es die Verpflichtung gewählter Parlamente ist, dieser Stimmung Ausdruck zu geben. Sie macht sich daher auch in dieser Interpellation im Bayerischen Landtag zum Sprecher einer solchen Stimmung. Sie erhebt damit zugleich Protest gegenüber einer Entwicklung, die unerträglich für breite Massen unseres Volkes geworden ist.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, der uns veranlaßt, gerade hier im Bayerischen Landtag diese Interpellation vorzutragen und die Meinung der bayerischen Regierung dazu zu hören. Die bayerische Regierung gründet sich auf die Mehrheitspartei dieses Hauses, die CSU. Die CSU ist in Verbindung mit der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Bundestag auch faktisch Trägerin der Spitze der Bundesregierung. Sie trägt damit im Bundestag auch mit die Verantwortung für die von der Bundesregierung eingeschlagene Politik. Der Christlich-Sozialen Union Bayerns entstammen wesentlich einflußreiche Persönlichkeiten, die heute in der Bundesrepublik die gesamte Politik der Regierung bestimmen. Es gehört der CSU an der Bundesernährungsminister **Niklas**, es gehört der CSU an der Bundesfinanzminister **Schäffer** und es entstammt Bayern, gehört aber der CDU an, der Herr Wirtschaftsminister **Erhard**. Diese drei Persönlichkeiten sind weitgehend mit Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik befaßt.

Es ist daher unserer Meinung nach angebracht, uns besonders auch mit dieser Interpellation an die Mitglieder der CSU dieses Hauses zu wenden und die bayerische Staatsregierung auf die besondere Entwicklung, auf ihre Verantwortung, die sie im gesamten Rahmen der deutschen Politik hat, hinzuweisen, und es wäre meiner Meinung nach nicht angebracht, wenn sie bei der Beantwortung der Interpellation versuchen sollte, sich von dieser Verantwortung, hier im Bayerischen Landtag zum mindesten, zurückzuziehen.

(Zuruf von der CSU: Die kann man aber nicht für den Korea-Konflikt verantwortlich machen!)

— Nein, darauf werde ich noch zu sprechen kommen, Herr Kollege. Außerdem hat anerkanntermaßen am 11. August der Bayerische **Senat** in einer sehr eindeutigen und klaren Entscheidung zu dieser Frage Stellung genommen, und es ist daher angebracht, daß sich auch dieses Haus grundsätzlich mit den Fragen der Preisentwicklung beschäftigt.

Wie ist die **Situation**, meine Damen und Herren? Nun, bei dem Versuch, genau festzustellen, was los ist,

(von Knoeringen [SPD])

stelle ich vor allen Dingen nur eins fest, daß **Berwirrung** die Lande deckt, daß eine große Unklarheit ist bei allem, was man feststellt, wo die Ursachen, die **letzten Ursachen** einer solchen Entwicklung liegen. Man begegnet daher auch dem Versuch, alle diese Preisentwicklungstendenzen auf diese Berwirrung abzuschieben und zu erklären: Ein Konflikt irgendwo am Ende der Welt hat es ausgelöst, daß hier eine Panik entstanden ist. Die **Panik**, die die Hausfrauen veranlaßt hat, Zucker zu kaufen, hat selbstverständlich sofort eine Reduzierung des Zuckerangebots mit sich gebracht, der Preis mußte dann selbstverständlich steigen usw. Was können wir schon dafür, daß in Korea die Völker aufeinander-schlugen?

Berehrte Anwesende! Ich glaube, daß diese Form der Erklärung zu einfach ist. Wir müssen uns vor Augen führen, daß dieser Entwicklung, die bereits vor Korea begonnen hat, eine gewisse grundsätzliche Haltung, sofern man in diesem Zusammenhang überhaupt davon sprechen kann, zugrunde liegt. Wir wissen, seit Monaten hat der Herr Bundesernährungsminister Niklas darauf hingewiesen, daß zum Beispiel der **Getreidepreis** — und damit fing das Ganze an —, nicht mehr tragbar sei und erhöht werden müsse, um unserer Landwirtschaft höhere Einnahmen zu sichern. Wir vernahmen aber auch zum selben Augenblick die Erklärung des Herrn Bundesfinanzministers, daß es unmöglich sei, die **Subventionen**, die für die Niederhaltung des Brotpreises erforderlich sind, weiter zu zahlen. Wir vernahmen diese Erklärungen wiederholt, und diese Erklärungen gingen über Monate. Geschehen ist jedoch nichts, obwohl durch diese Erklärungen klargestellt ist, daß die Ressortminister sich über die Kompliziertheit und Schwierigkeit dieser Lage durchaus im klaren gewesen sind. Aber was nach unserer Meinung fehlte, war, daß man sich nun zusammensetzt und sich darüber den Kopf zerbricht, was aus diesen gegensätzlichen Erklärungen zu machen und wie die Sache zu lösen ist, ohne dabei die unteren Schichten unseres Volkes zu schädigen.

Die **sozialdemokratische Fraktion des Bundestags** hat deshalb aus dieser Stimmung heraus im Bundestag am 1. Juli eine **Interpellation** eingebracht, die am 14. Juli zur Diskussion kam. Dabei stellte sich heraus, daß die Bundesregierung gar keine Vorstellungen davon hatte, was sie zu tun gedenkt. Wir mußten uns mit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers begnügen, der mehr oder weniger sein Wort gab, daß eine Brotpreiserhöhung nicht eintreten würde. Am 14. Juli hat der Bundestag mit Mehrheit, unter Einschluß von Abgeordneten der CSU und CDU — nicht aller, aber derjenigen, die die Bedeutung dieser Frage voll erfaßt haben — beschlossen, daß eine **Brotpreiserhöhung** und eine **Verschlechterung der Qualität des Brotes** unter keinen Umständen vorgenommen werden darf und daß die Konsequenz daraus die Fortführung der Subventionen ist. Sie wissen, 14 Tage später hat die Bundesregierung, vertreten durch den Herrn stellvertretenden Bundeskanzler, eine Erklärung abgegeben, daß man nach langen Beratungen mit Bäckern und Müllern zu der Auffassung gekommen sei, es sei am besten, ein gewisses Brot zu schaffen, das dieselbe Preislage habe, aber eine gewisse ortsübliche Anpassung zeige. Diese

Angelegenheit sei eine Herzensangelegenheit der Bundesregierung gewesen.

Nun, verehrte Anwesende, wir haben damals verlangt, daß der Beschluß vom 14. Juli konsequent durchgeführt wird. Die Bundesregierung ist darüber hinweggegangen. Ich erwähne das mit dieser Ausführlichkeit, nicht weil der Brotpreis nun als ein Preis unter den Nahrungsmittelpreisen gestiegen ist, sondern weil die **Steigerung des Brotpreises** für uns einen geradezu **symbolhaften Charakter** hat. In diesem Vorgang drückt sich eine gewisse Grundhaltung unserer gegenwärtigen Regierung in Deutschland aus. Gegen diese Grundhaltung setzen wir uns zur Wehr. Gegen diese Grundhaltung setzen sich die deutschen Gewerkschaften zur Wehr. Gegen diese Grundhaltung setzen sich aber auch die Millionen zur Wehr, die heute gezwungen sind, mit niederm Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Es ist, wie ich schon sagte, schwierig festzustellen, was auf dem Gebiete der Preisentwicklung eigentlich vorgeht. Ich habe mir die Mühe gemacht, genaue Feststellungen zu treffen. Da geht man zum Statistischen Landesamt. Dort werden einem viele Zahlen vorgelegt. Dort werden einem **Indezahlen aus dem Jahre 1938** vorgelegt. Nach diesen Indezahlen wäre sogar festzustellen, daß der Index zum Beispiel für die Vormonate niedriger liegt, daß also jemand, der sich nun auf diesen Index berufen wollte, erklären könnte, wie das ja auch geschehen ist: Meine lieben Freunde, was wollt Ihr denn mit dieser Teuerung? Nach dem Index ist ja alles billiger geworden. Ich glaube, die Berechnung der Indezahlen darf uns nicht verleiten, über die Gefahren hinwegzusehen, die sich hier entwickeln. Ich will mich nicht auf eine Betrachtung einlassen, wie die Indezahlen zustandekommen, daß dabei auch die Obstpreise im Sommer miteinbezogen werden usw.

Ich habe mich jedenfalls damit beschäftigt, genauer festzustellen, wo die **Preissteigerungen** liegen. Liegen sie nur beim Brot und beim Schweinefleisch? Ich habe von Instituten, die sich mit dieser Frage beschäftigen, Zahlen bekommen, die aber schon wieder zurückliegen. Aber ich habe doch gewisse Feststellungen treffen können, so zum Beispiel bei **Roggenbrot** eine Steigerung von 22,2 Prozent, wobei wir uns einmal vor Augen halten müssen, welche Entwicklung wir durchgemacht haben. 1938, das immer als Grundlage für statistische Berechnungen benutzt wird, kostete ein Kilo Roggenbrot 33 ₰ , im Juni 1948 bei der Währungsreform 38 ₰ , im September 1949 46 ₰ , im Juli 1950 50 ₰ und am 15. August 1950 55 ₰ . Preissteigerung bei **Nudeln**: Juni 1948 92 ₰ , August 1950 1.10 Mark, also 20 Prozent; **Weizenmehl**: April 1950 52 ₰ , 1. August 1950 61 ₰ , also 17,3 Prozent; **Zucker**: 1938 77 ₰ , Juli 1948 1.16 Mark, heute 1.40 Mark, 22 Prozent. **Butter**: September 1949 5.12 Mark, August 1950 5.40 Mark. **Rindfleisch**: 1. April 1950 3.20 Mark, 1. August 1950 3.60 Mark, 12,5 Prozent; **Schweinefleisch**: 1. April 1950 3.60 Mark, 1. August 1950 4.40 Mark, 22 Prozent; **Speck**: 1. April 1950 bis heute 22 Prozent Steigerung.

Nun habe ich mir gedacht, ich traue überhaupt keiner Statistik. Ich bin zu verschiedenen Geschäftsleuten gegangen und habe gefragt: Welche **Steigerung** ist in den **letzten vier Wochen** eingetreten? Das ist ja schließlich das Normale. Ich stelle dabei auch fest — ich muß das

(von Knoeringen [SPD])

hier sagen, obwohl ich mit meiner Frau schon eine Auseinandersetzung darüber hatte —: Frauen sind gar nicht in der Lage, das genau zu sagen; sie zahlen immer nur am Schluß irgendeine Summe, ohne zu wissen, ob der Griß um 6 % teurer geworden ist oder nicht. Ich konnte mich da nicht auf Freundinnen verlassen, die mir das mitteilen, sondern mußte mich selber informieren.

(Abg. Frau Gröber: Die es dann besser wissen als Ihre Frau? Ich weiß, was ich in meinem Geschäft bezahle.)

— Bitte, Sie werden mich dann korrigieren. Entschuldigen Sie, ich möchte beileibe nichts gegen die Frauen gesagt haben. Ich möchte nur begründen, warum ich selber in die Geschäfte gegangen bin: um mich zu erkundigen, damit meine Informationen nicht auf Grund der Einflüsterungen meiner Frau vorgetragen werden. Bei Speiseöl wurde festgestellt

(Abg. Bezold Otto: Gibt es überhaupt nicht)

— wenn es welches gibt, eine Steigerung von 2.60 Mark auf 2.80 Mark, bei **Kofosfett** von 2.80 Mark auf 2.90 Mark, bei **Butterschmalz** von 5.46 Mark auf 6.20 Mark, bei **Schweinesfett** von 2.50 Mark auf 3 Mark, bei **Griß** von 56 Pfennig auf 66 Pfennig, bei **Haferflocken** von 80 Pfennig auf 98 Pfennig, bei **Teigwaren** von 96 Pfennig auf 1.16 Mark, je nach Qualität, bei **Reis** von 1.18 Mark auf 1.30 Mark, bei **Wurst** um 20 % je Kilo, bei Marmelade um 12 % je Kilo.

Nun stellte ich fest, daß in verschiedenen Geschäften verschiedene Preise verlangt werden. Das kommt von der Kalkulation. Ich weiß nicht genau, der eine Geschäftsmann kann die Ware billiger geben, der andere ist teurer. Ich habe es nicht untersucht. Aber was ich festgestellt habe, sind ungefähre Durchschnittszahlen, die sich auf **Normalqualitäten** beziehen. Damit muß heute rechnen, wer in den Laden geht und einkauft. Wenn er auch nicht genau weiß, ob der Griß um 6 oder 8 % teurer geworden ist, bei der Schlußsumme, die er zu bezahlen hat, stellt er fest, daß er heute für die Lebensmittel, die ich erwähnt habe, durchschnittlich 10 bis 15 Prozent mehr zahlen muß als vor vier und acht Wochen.

Mit dieser von mir festgestellten Tatsache müssen wir uns auseinandersetzen. Es kommt hinzu, daß die **Großhandelspreise** ebenfalls gestiegen sind, die sich heute im Ladenpreis wahrscheinlich noch gar nicht auswirken, so zum Beispiel für **Seife** um 30 Prozent, **Häute** um 10 Prozent — was sich wieder auf die Preise der Ledersohlen auswirkt —, **Wolle** um 10 bis 20 Prozent, **Haushaltswaren** aus Messing und Kupfer im Durchschnitt um 15 Prozent. Nun kann ich nicht untersuchen, inwieweit die angekündigte Großhandelspreiserhöhung sich bereits automatisch als Erhöhung der Preise im Laden auswirkt. Ich nehme aber zugunsten der anständigen Menschen an, daß sie die Preise erst erhöhen, wenn sich der Großhandelspreis auch im Einkaufspreis des Kleinhandels auswirkt.

Es ist also festzustellen, daß eine steigende, und zwar **sehr rasch steigende Preisentwicklung** vorliegt. Demgegenüber ist die **Lohnsituation** derart, daß die Löhne meist unter dem Stand von 1938 liegen, während die

Lebensmittelpreise, verglichen mit 1938, um 50 Prozent gestiegen sind.

(Abg. Brunner: Das dürfte nicht ganz stimmen!)

— In der realen Kaufkraft! — Die **Lohnerhöhungen** betragen, soweit die Gewerkschaften mir das mitgeteilt haben, im ersten Halbjahr 1950, wo die entscheidende Preissteigerung zu verzeichnen ist, im Durchschnitt 3 bis 5 Prozent. Sie bleiben also weit hinter der Steigerung der Lebensmittelpreise, die bei 15 bis 20 Prozent liegt, zurück. Dabei muß, wie durch Meldungen in letzter Zeit bekanntgegeben wurde, beachtet werden, daß 80 Prozent der Bevölkerung des Bundesgebiets — 80 Prozent! — ein monatliches Einkommen von unter 250 DM haben, daß zum Beispiel in München 125 000 Menschen leben, die ein Monatseinkommen unter 150 DM haben.

(Hört, Hört! links.)

Das zeigt die heutige Situation und die Gefährlichkeit der sozialen Spannungen, in die wir hineinmanövrieren.

Ich komme nun zu den **Ursachen**. Selbstverständlich — wenn man ernsthaft an das Studium des Problems herangeht — muß man feststellen, daß eine der Ursachen, wahrscheinlich eine sehr entscheidende Ursache, die gesamte **Welt-situation** ist, sowie die Beziehung deutscher Preise zu **Welthandelspreisen**. Man muß feststellen, daß mit der **Korea-Krise** eine Steigerung der Weltmarktpreise zu verzeichnen war. Zweitens muß zugegeben werden, daß durch die Korea-Krise eine gewisse **Angstpsychose** ausgebrochen ist, die nicht nur das deutsche Volk, sondern auch, wie man feststellen konnte, Frankreich und Amerika erfaßt hat.

(Abg. Weidner: Die Rautschukpreise fallen schon wieder!)

— Das mag sein; das möchte ich jetzt nicht in Betracht ziehen, Herr Kollege. Wir wollen das Problem nicht damit abtun, daß wir sagen: Warten wir nur eine Weile, in einem halben Jahr sinken die Preise wieder herab! Das wäre genau so, wie wenn ein Arzt zu einem fieberkranken Mann sagt, wenn er das Fieber gut übersteht, hat er noch eine große Zukunft vor sich.

(Sehr gut! links.)

In diesem Fall wollen wir uns nicht auf die Zukunft verlassen, sondern wir müssen uns überlegen, was geschehen könnte, um das augenblickliche Fieber herabzudrücken; denn davon hängt das Leben des Patienten ab.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Niemand, der Verantwortung besitzt, wird nun sagen, die Bundesregierung habe die Preise für Gummi usw. heraufgesetzt. Hier wirken viele Faktoren zusammen. Eine Regierung kann sich die Welt ja nicht zaubern, wie sie sie will, sondern sie ist in eine bestehende Welt hineingestellt. Aber sie ist in diese Welt hineingestellt mit der Aufgabe, Verhältnisse zu korrigieren und bestimmte Situationen zugunsten der Menschen, die sie zu vertreten hat, zu verändern. Wenn ich die **Situation Amerikas** mit der unseren vergleiche, so ist die Tatsache des Zuckeraufkaufs und der Steigerung des Kaffee- und Zuckerpreises für Amerika kein solches Problem wie für uns; denn der Reallohn, das durchschnittliche Einkommen des Amerikaners, liegt um ein Vielfaches

(von Knoeringen [SPD])

höher als bei uns. Eine solche Steigerung kann, auch wenn sie vorübergehend nur durch **Angstkäufe** bedingt ist, in einem Land, das gewisse Möglichkeiten der Regulierung hat, und zwar schon im Einkommen der einzelnen Menschen, niemals zu solchen Konsequenzen führen wie in einem Land, wo jede Preissteigerung sofort den Lebensnerv der breiten arbeitenden Schichten trifft.

Das ist die Situation. Für eine Regierung, die sich einer solchen Lage gegenübersteht, ergibt sich die Verpflichtung, mehr als eine andere Regierung vorauszu-denken, zu überlegen und sich vorzubereiten, um solche, ich möchte fast sagen, Stöße aufzufangen, zumindest Überbrückungen zu schaffen. Die **Gewerkschaften** haben daher verschiedentlich Vorstellungen in diesem Sinne erhoben. Wir haben gefordert, daß ernste vorbereitende Diskussionen über die Frage stattfinden. Man hat jedoch — und das ist unser schwerster Vorwurf, den wir zu erheben haben — die Dinge sich entwickeln lassen, bis man schließlich vor dem Berg stand, den man nicht mehr überwinden konnte. Dann greift man zu radikalen Lösungen, zu einfachen Lösungen, nämlich zur **Teilung der Lasten**. Das ist letzten Endes die Erhöhung der Preise schlechthin, die den Arbeitenden mit einem niederen Monatseinkommen sofort und direkt trifft. Wir wissen, daß ein Land wie **Norwegen**, das einen Krieg hinter sich hat und verarmt ist, 25 Prozent seiner Haushaltsmittel dafür aufwendet, um die Sicherung der Lebenshaltungskosten zu gewährleisten. Das bezieht sich nicht nur auf das Brot, sondern auf die gesamten Lebenshaltungskosten. Wir wissen auch, daß **England** 10—12 Prozent seines Etats dazu aufwendet, um die Lebenshaltungskosten einigermaßen zu halten. England hat bei bestimmten Lebensmitteln bis heute die Rationierung nicht aufgehoben, um die Stabilität der Versorgung zu garantieren. Man wird mir entgegenhalten, wir haben keine Steuermittel, wir haben keine Finanzklassen, aus denen wir das zahlen könnten. Es liegt ganz nahe, die Frage zu stellen: Wie kann man in einer solchen Situation die **Kleine Steuerreform** durchführen, die geradezu aufwühlend für die Bevölkerung wirken mußte. Diejenigen, die bei dieser Steuerreform leer ausgegangen sind, sind wieder die Leute mit dem niedrigeren Einkommen gewesen.

(Abg. Brunner: Das stimmt nicht!)

In Amerika zum Beispiel hat man bereits jetzt in Erwartung einer Rüstungskonjunktur eine 5prozentige Erhöhung der Steuern veranlaßt und angekündigt, daß man im nächsten Jahr die Steuern um 10 Prozent erhöhen werde, um die neuentstandene Kaufkraft rechtzeitig abzufangen.

Wir erkennen jedenfalls aus unserer Situation, daß bei uns etwas fehlt: das **vorausschauende Denken**, das überlegte Handeln in so schwierigen Situationen. Wir leisten uns zum Beispiel die sogenannte **freie Marktwirtschaft**. Denken Sie nun nicht, daß ich mich darüber verbreiten werde. Eine Auswirkung der freien Marktwirtschaft ist es, daß man Angebot und Nachfrage freies Spiel läßt, um normale Preise zu garantieren. Wenn die Weltmarktpreise höher liegen, dann müssen wir selbstverständlich, da wir nichts im Säckel haben, die Preise an die Weltmarktpreise angleichen, das heißt heraufsetzen. Wenn aber die Weltmarktpreise niedriger liegen als zum Beispiel unsere Preise in Obst und Ge-

müse, werden von der Landwirtschaft Argumente vorgebracht, daß wir eine Ausgleichsabgabe erheben müssen, um so die Preise doch wieder hoch zu halten. Man läßt also das den Leuten nicht zugute kommen, was sich zu ihrem Vorteil aus der freien Marktwirtschaft ergeben könnte, weil verschiedene Gründe das nicht erlauben. Das Negative aber der freien Marktwirtschaft bekommen die Leute jeden Tag zu fühlen.

In der **Schweiz** hat man beispielsweise, wie wir wissen, vor einem halben Jahr begonnen, sich einzudecken und Vorratslager anzulegen. Die Tatsache, daß man in der Schweiz die Hausfrauen aufgefordert hat, bestimmte Artikel auf Vorrat einzukaufen, hat im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags eine hochpolitische Bedeutung bekommen. Man hat dort von einem hochgestellten Mann die Meinung vertreten gehört, daß dies schon ein gefährliches Anzeichen des Krieges sei; denn die Schweiz hätte auch vor dem letzten Weltkrieg Aufforderungen an die Bevölkerung ergehen lassen, Lebensmittel einzukaufen; dann sei der Krieg ausgebrochen. Das war ein sehr bedeutendes politisches Argument. Heute aber stellt sich heraus, daß die Persönlichkeit, die dort gesprochen hat, viel zu kurz gedacht hat. Was in der Schweiz geschehen ist, ist lediglich das: Man hat Einkäufe auf dem Weltmarkt getätigt, um eine günstige Preislage auf dem Weltmarkt auszunutzen und die dann erwarteten Preissteigerungen durchzuhalten. Wir waren ja viel gescheiter. Wir haben gedacht, wir brauchen das nicht. Jetzt, wo die Einfuhren billiger werden, müssen wir wieder eine gewisse Mauer aufrichten, damit die Dinge nicht zu billig werden. Jetzt aber, wo die Steigerung der Weltmarktpreise eingetreten ist, sieht sich die Bundesregierung gezwungen zu erklären, 600 Millionen müssen als Kredite bevorzugen werden, um Lebensmittel einzukaufen. Erst gestern hörte man im Rundfunk, weitere 46 Millionen D-Mark Devisen seien zur Verfügung gestellt. Jetzt aber müssen wir diese Nahrungsmittel teurer kaufen als vorher. Wir kaufen mit Verlust ein, weil wir uns nicht überlegt, weil wir gar nicht begriffen haben, worin diese ganze Situation begründet ist. Wir leben von der Hand in den Mund.

Wir stellen also fest, daß eine **falsche Vorratswirtschaft** bei uns getrieben wird. Wir stellen fest, daß die berechtigten **Ansprüche der Landwirtschaft**, für ihre Produkte den entsprechenden Preis zu erhalten, der die Fortführung der Betriebe ermöglicht, nicht in Einklang gebracht werden mit den anderen **Interessen in unserer Volks**, sondern daß hier **Kraft gegen Kraft** steht, und wer augenblicklich der Stärkere ist, setzt sich in der Bundesregierung offenbar durch. Eine solche Politik können wir uns in einer so gefährlichen sozialen Situation nicht leisten, insbesondere nicht in einer so gefährlichen politischen Situation, in der wir uns befinden. Im Augenblick der Steigerung der Produktivität, die zu erwarten ist und die eigentlich bereits begonnen hat in der Form der Ausnutzung aller Arbeitsplätze, die wir haben, der Ausnutzung der Kapazitäten, die uns zur Verfügung stehen, erleben wir ein **krasses Absinken des Lebensstandards** unserer breiten Schichten.

Deshalb ist für uns die Frage entscheidend, wann die Bundesregierung, mit unter dem Einfluß der bayerischen Staatsregierung, endlich beginnt, eine Politik des Überlegens und des Vorausdenkens zu betreiben.

(von Knoeringen [SPD])

Der Herr Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard hat uns vor einigen Tagen im Rundfunk seine Meinung über die Situation gesagt und erklärt, daß diese krankhafte spekulative Entartung beendet werden muß. Das klingt aus dem Munde eines Mannes sehr wenig überzeugend, der auch einmal die Horation zu rechtfertigen versuchte zu einer Zeit, als sie auf Kosten der breiten arbeitenden Schichten ging!

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das klingt sehr wenig überzeugend aus dem Munde eines Mannes, der die Leute, die im Bundestag um den Beschluß vom 14. Juli gekämpft haben, mit dem Wort „hysteriker“ apostrophiert hat! Wenn der Herr Professor Erhard erleben sollte, daß unser Volk den Ermahnungen nicht folgt, daß die Angst, die Psychose aus dieser Unsicherheit weiter anhält, dann sind das die Konsequenzen einer solchen Politik.

Eine Hausfrau, die anfang, Zucker zu hamstern, drückte das heute ganz einfach aus. Sie sagte mir: „Desmoi fanga's mi nimma!“ In diesem Ausdruck liegt das ganze Mißtrauen begründet, das entstanden ist durch diese so verhängnisvolle Politik. Die Bevölkerung weiß eben, daß das Wort eines Ministers, selbst das Wort des Bundeskanzlers gegenüber den Realitäten gar nichts bedeutet.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wenn wir eine Demokratie aufbauen wollen, dann muß zum mindesten eines erreicht werden: es muß das **Vertrauen zur Regierung**, das **Vertrauen zum Parlament** geschaffen werden, das Vertrauen, daß das Wort, das der Führer einer Regierung gibt, zum mindesten für die ganze Regierung gilt und nicht schon vier Wochen später wieder den Rhein hinuntergeflossen ist.

Dabei müssen wir auf der anderen Seite eine **rücksichtslose Bereicherung gewisser Kreise** wahrnehmen. Ich brauche da keine statistischen Zahlen zu nennen, ich brauche nur zu verweisen auf die Haltung gewisser Menschen, gewisser Gesellschaftsschichten, brauche nur daran zu erinnern, daß in unserer Fraktion eine lebhafte Diskussion über die **Spielbanken** geführt wurde. Ist es nicht traurig, daß in einer Situation wie der heutigen ein Staat wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz damit argumentiert: Die Spielbank ist für uns gar nicht so schlecht; denn wir haben da 14 Millionen für den Wohnungsbau herausbekommen! Verstehen wir nicht, welche krasse Verhöhnung jeder sozialen Haltung darin liegt, wenn wir heute sehen, daß gewisse Kreise Millionen-Beträge in den Spielbanken verlieren können und der Staat sich noch hinter solche Dinge stellt, mit der Begründung, daß damit Gelder für den Wohnungsbau herauszubekommen sind, die man auf normale Weise einfach nicht hereinbekommt, weil das an dem Widerstand gerade dieser Kreise scheitert? Ist es da nicht zu verstehen, daß eine gewisse Ungeduld durch die unteren Schichten unseres Volkes geht! Müssen wir da nicht Verständnis haben dafür, daß, wenn auf dem Königsplatz in München 60 000 Menschen stehen, diese 60 000 Menschen in Empörung aufschreien, wenn ihnen diese Situation dargestellt wird? Da soll man dann nicht, wenn die Auswirkungen einer solchen Politik sichtbar werden, diejenigen verurteilen, die sich verpflichtet fühlen, für diese Menschen zu sprechen!

Wenn die **Gewerkschaften** heute einen so scharfen Kampf führen, wenn sie die ganzen Fragen der **Lohnentwicklung** aufrollen, so haben sie damit vollkommen recht.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich bin der Meinung, die Gewerkschaften müssen das tun, weil sonst die Kluft zwischen den Besitzenden und den Arbeitenden so weit aufgerissen wird, daß eine Verständigung in unserem Volke nicht möglich ist. Und das in einer Situation, die gerade außenpolitisch äußerst gefährlich ist!

Was tut daher not? Was wir schon immer gesagt haben: Ein **klares Wirtschaftsprogramm auf weite Sicht** muß geschaffen werden! Das zweite Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem wir so viel gehört haben, ist offenbar bereits wieder in die Schublade zurückgelegt worden, weil man hofft — — Was hofft man? Wieder auf eine große Seifenblase, die sich aufgetan hat: Man hofft: der Außenhandel wird sich automatisch entwickeln, die Rüstung kommt, da brauchen wir nicht mehr viel zu tun, um die Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft zu beseitigen, wir werden profitieren von dem, was diese neue Produktionsausblähung mit sich bringt. Ich glaube, das ist genau so kurzfristig und falsch gedacht! Ein Staat, der durch diese Krisen hindurchkommen will, bedarf einer **politischen Führung**, bedarf einer Führung, die imstande ist, vorauszudenken. Ich will mich hier nicht auf die Fanatiker der Planwirtschaft berufen, sondern nur zitieren, was der **Wirtschaftsbeirat beim Bundesfinanzministerium** am 25. Mai 1950 festgestellt hat, ein Beirat, dem nicht Herren der linken Seite angehören, sondern mehr Ihrer Richtung, Männer, die in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Hause sind. Was sagen sie in ihrem Memorandum?

„Ein organisches Zusammenwirken aller wirtschaftspolitischen Ressorts, einschließlic des finanzpolitischen, mit dem Ziel des Neubaus der westdeutschen Volkswirtschaft und der Steigerung des Volkswohlstands läßt sich nur erreichen,

— läßt sich nur erreichen! Das ist also sozusagen eine Bedingung! —

wenn in Übereinstimmung mit der erfolgreichen Praxis nahezu aller demokratisch regierten Länder endlich ein nationales Budget aufgestellt wird, das allen Stufen der öffentlichen Verwaltung, den öffentlich-rechtlichen Körperschaften und den öffentlichen Unternehmungen zur Richtschnur und der gesamten Volkswirtschaft zur Orientierung dient.

— Darin drückt sich das aus, was wir unter Planwirtschaft verstehen, ohne daß wir dieses Wort selbst benutzen müssen. —

Das nationale Budget sollte im Zusammenwirken sämtlicher wirtschaftspolitischen Ressorts, also der Notenbank und eines Sachverständigenremiums, aufgestellt werden. Es enthält eine Vorschätzung der im kommenden Jahr zu erwartenden öffentlichen und privaten Verbrauchs-, Spar- und Investitionstätigkeit. Es wird im Laufe des Jahres anhand der inzwischen gemachten Erfahrungen überprüft und berichtigt. Auch die gemäß Artikel 88 des Grundgesetzes zu errichtende Bundesnotenbank muß ihre Politik im Sinne des jeweils geltenden

(von Knoeringer [SPD])

Nationalbudgets durchführen. Ihre willensbildenden Organe und ihr Verhältnis zur Bundesregierung sind so zu gestalten, daß dies gewährleistet ist."

Berehrte Anwesende! Das ist **planende Wirtschaft**, das ist **Vorausdenken!** Wenn das vor einem oder vor zwei Jahren geschaffen worden wäre, dann wären wir besser in der Lage gewesen, die Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft in unserem Volke auszugleichen und wären nicht bei jeder Gelegenheit in die scharfen sozialpolitischen Auseinandersetzungen hineingekommen, in die wir jetzt hineinschlittern.

Schon vor einem Jahr habe ich von diesem Platz aus gefordert, die bayerische Staatsregierung solle einen **Landes-Entwicklungsplan** im Sinne eines solchen Nationalbudgets aufstellen. Hat sie vermocht, das zu tun? Ich bin überzeugt, das ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe, und es bedarf bei der Vorbesprechung solcher Dinge des Zusammenwirkens aller interessierten Kreise, nicht nur der Industrie, sondern auch der Gewerkschaft. Das sind auch die Grundgedanken, die wir im Sinne einer Landesplanung verwirklicht sehen wollen. Damit greifen wir an die Wurzel dieses Übels.

Ich glaube, ein Volk wie wir, das in einer so ungeheuer schwierigen Situation ist, kann es sich nicht leisten, die Dinge treiben zu lassen und dann aus dem Handgelenk heraus Entscheidungen zu treffen, deren Konsequenzen unabsehbar sind.

(Zustimmung bei der SPD.)

In einer Zeit, in der der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Vereinten Nationen einstimmig beschlossen hat, den den Vereinten Nationen angeschlossenen Völkern eine **Politik der Vollbeschäftigung** zu empfehlen, lehnt unser Herr Wirtschaftsminister großzügig, wie wenn er auf einem goldenen Berg sitzen würde — nicht wahr? — eine Politik der Vollbeschäftigung ab. Die Auswirkung eines solchen Beschlusses ist das Fortschreiten eines **Spaltungsprozesses** in unserem Volk. Man möge uns dann nicht den Vorwurf des Klassenkampfes machen, wenn dieser Gegensatz aufgerissen wird.

(Spontaner Beifall bei der SPD.)

Und wenn man sich beim Swan über etwas gefreut hat, was in der Agitation auszunützen ist, dann sind es die Auswirkungen einer solchen Politik, nämlich den Brotpreis, der ein offizieller Preis ist, genau dann zu erhöhen, wenn sich eine allgemeine Preissteigerung entwickelt. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß man auch noch den staatlichen Stempel daraufdrückt.

Die **Zerlegung des Vertrauens** in unserem Volke ist daher der entscheidende Faktor dieser Situation. Es ist wahrscheinlich nicht so, daß es notwendig ist, große Propagandareden über verhungerte Menschen zu halten. Wir wollen keine Demagogie; aber wir wollen auf die Gefahr hinweisen, die in der Zerlegung des Vertrauens zum gegenwärtigen Staat liegt. Wenn man mit einem Geist, wie er hier zum Ausdruck kommt, an die vor uns stehenden Probleme herangeht, wie zum Beispiel die Frage des **Cassenausgleichs**, so wissen wir, daß ein solcher Geist überhaupt nicht imstande sein wird, ein solches Problem zu lösen.

Wenn ich nun im besonderen auf die **Haltung der bayerischen Staatsregierung** eingehe, so muß ich zuerst dem **stellvertretenden Ministerpräsidenten** eine Belobigung ausdrücken; eine Belobigung deshalb, weil er bereits einen oder zwei Tage vor der Verlesung dieser Interpellation so ausgezeichnet auf sie reagiert hat.

(Abg. Dr. Hoegner: Sie war in der Zeitung angekündigt. Er hat gehandelt!)

Er hat bereits vorher eine sehr strenge Anweisung an die Staatsanwaltschaft gegeben, die **Preisvorschriften** genauestens zu beachten und die Täter zu fassen, wo sie zu fassen sind. Das nenne ich schnelles Handeln!

(Abg. Frau Gröber: Hoffentlich die richtigen!)

— Ja, hoffentlich die richtigen! — Ich hoffe nur, daß dieser Anweisung auch die Tatn folgen. Es wird sich jetzt zeigen, ob der stellvertretende Herr Ministerpräsident als Justizminister auch die Person ist, die den Apparat so in Händen hält, daß er nun in Aktion treten kann und diejenigen faßt, die es wirklich verdienen.

Zweitens muß ich hervorheben, daß die gestrige Besprechung zwischen Regierung und Gewerkschaften ein weiterer Schritt in dieser Richtung war. Wenn sie auch für die Gewerkschaften nicht befriedigend zu Ende gegangen ist, so hat die Staatsregierung doch zumindest erklärt, daß sie in Aktion treten und eine Reihe von Maßnahmen, die im Bereich ihrer Möglichkeit liegen, einleiten wird, um der Preisentwicklung entgegenzuwirken.

Wir haben in diesem Zusammenhang bestimmte Forderungen aufzustellen, die in den für uns in Bayern gegebenen Grenzen des Möglichen liegen, nämlich:

1. daß die Staatsregierung mit aller Energie, sowohl im Bundesrat, wie durch ihren persönlichen Einfluß auf die Minister, die ihrer Partei angehören,

(Sehr gut! bei der SPD)

dahin wirkt, daß diese Preisentwicklung energisch bekämpft wird;

2. daß durch erhöhte Einfuhren bei verknappten Lebensmitteln, insbesondere bei Fleisch und Zucker, eine Herabsetzung des Preises durch automatischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erfolgt;

3. daß eine Überprüfung der vorhandenen Vorratslager erfolgt, um überhaupt genau zu wissen, wieviel Substanz wir haben;

4. daß eine Korrektur der Brotpreispolitik versucht wird — auch von der bayerischen Staatsregierung —, indem die Durchführung des Bundestagsbeschlusses vom 14. Juli angestrebt wird, das heißt: gleicher Preis bei gleicher Qualität des Brotes;

5. daß die Festsetzung von Getreidefestpreisen durch Getreidehöchstpreise ersetzt wird;

6. daß eine viel raschere offizielle Feststellung der Preisentwicklung vorgenommen wird.

Zur Zeit ist es nicht möglich, einen Preisindex für die letzten 8 oder 14 Tage zu bekommen. Weiter zurückliegende Indizes können für die augenblickliche Entwicklung gar nichts mehr bedeuten. Daher muß eine acht tägige Preisbeobachtung einsetzen, die eine Kontrolle der Preisentwicklung gestattet.

(von Knoeringen [SPD])

7. Es muß ein Ausbau der Preisüberwachungsorgane und eine strenge Durchführung der Preisvorschriften von der Regierung aus angestrebt werden.

8. Es müssen — das geht alle Mitglieder des Bundestags an — gesetzliche Handhaben geschaffen werden, die eine wirksame Kontrolle der Lebensmittel- und Warenlager ermöglichen. Für den Fall, daß Personen gegen die Gesetze verstoßen, muß auch die Möglichkeit der Enteignung geschaffen werden.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir glauben, Kolleginnen und Kollegen, wenn sich die bayerische Staatsregierung und dieses Parlament in dieser Frage energisch zum Wort melden und alle ihre Einflußmöglichkeiten ausnützt, um in Bonn in der von mir soeben dargestellten Richtung zu wirken, dann hat Bayern wirklich eine Chance, das Prädikat eines sozial fortschrittlichen Staates der Deutschen Bundesrepublik zu bekommen. Wir haben die Chance, hier im Parlament zu wirken, weil wir in diesem Landtag vielleicht doch gerade in solchen Fragen — auf die gestrige Situation gehe ich jetzt nicht ein — eine größere Einheitlichkeit zustande bringen können, als es vielleicht im Bundestag der Fall ist; denn ich nehme an, daß hier keine Abgeordneten sitzen, die sich als ausgesprochene Vertreter des großen Besitzes fühlen müssen. Wir sind hier ein **Volksparlament** und haben in dieser Stunde die Verpflichtung, für die breiten Schichten unseres bayerischen Volkes zu handeln. Wenn die Staatsregierung sich an die Spitze einer solchen Aktion stellt und wenn sie mit ihrer Autorität — unterstützt durch dieses Parlament — auftritt, so werden bald in Deutschland die Vorstellungen, die man mancherorts über ein etwas dunkles Bayern hat, aufgehellt werden können. Daher möchte ich hoffen, daß **Bayern sozial- und wirtschaftspolitisch ein fortschrittliches Element** des Bundes wird. Insofern bin ich absolut Föderalist und absolut Bayer. Ich möchte wünschen, daß die Bundesregierung begreifen lernt, daß von Bayern her ein starker Impuls des sozialen Fortschritts kommt. Was wir brauchen, ist der Wille zur sozialen Gerechtigkeit, der Wille zur Wahrhaftigkeit und der Mut zum sozialen Handeln für das Volk, mit dem Volk und durch das Volk.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Hagen: Zur Beantwortung der Interpellation erteile ich dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Müller das Wort.

Dr. Müller, stellvertretender Ministerpräsident: Hohes Haus! Die Interpellation der SPD gibt der bayerischen Staatsregierung zur Abgabe folgender **Erklärung** Veranlassung.

Die **Steigerung des Reallohns** und damit die Verbesserung der Lebenshaltung muß das Ziel aller politischen Parteien sein, gleichgültig auf welchem Weg sie dies zu erreichen versuchen. Die bayerische Staatsregierung glaubt allerdings, daß nicht nur die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, sondern auch die **Wahrung der persönlichen Freiheit** bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen ist. In der **Synthese** von **staatlicher Planung** und **verantwortlicher Einschalt-**

lung des Einzelnen in die Wirtschaftsordnung sieht die Staatsregierung ihre wirtschaftspolitische Aufgabe. **Kompromißlose Förderung des Leistungswettbewerbs** durch Ablehnung jeder Monopolisierung, weitgehende Einflußnahme auf alle bedeutenden Investitionen durch strenge Sichtung der Projekte sind ebenso unverrückbare Grundsätze der bayerischen Staatsregierung wie **freie Konsumwahl** und **Schutz des wirtschaftenden Menschen** vor einer allmächtigen staatlichen Bürokratie.

Das Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik zeigt sich in einer beachtlichen Steigerung der Beschäftigungsziffer gegenüber der Vorkriegszeit und einer Zunahme allein der bayerischen Industriebetriebe mit über 10 Beschäftigten seit der Geldreform um rund 3000. Zum andern ist eine tendenzielle Abwärtsentwicklung der Preise von der Geldreform bis Mitte Juli 1950 zu beobachten. So betragen die Lebenshaltungskosten Mitte 1948 151 Prozent, wenn wir 1938 gleich 100 setzen, im Juli 1949 162,2 Prozent und im Juli 1950 151,5 Prozent. Ich darf hierbei bemerken, daß die rückwirkend ab 1. Januar 1950 durchgeführte Herabsetzung der Einkommensteuer nicht in diesem Index berücksichtigt ist, so daß sich auch hierdurch noch einmal eine Erhöhung des realen Lohnes ergibt. Umgekehrt betrug der **Index der Brutto-Wochenstundenverdienste**, wenn wir ebenfalls 1938 gleich 100 setzen, im März 1950

für Facharbeiter	133,1 Prozent	
für angelernte Arbeiter	143,6	"
für Hilfsarbeiter	151,4	"
für Facharbeiterinnen	163,0	" und
für Hilfsarbeiterinnen	180,5 Prozent.	

Da sich bis Mitte Juli 1950 an diesem Stand kaum Änderungen ergeben haben, kann festgestellt werden, daß der Vorkriegsreallohn von den Hilfsarbeitern nahezu erreicht, von den Fach- und Hilfsarbeiterinnen sogar überschritten wird. Im Durchschnitt aller Arbeitskräfte ist nach den Berechnungen des Bayerischen Statistischen Landesamts der Reallohn im Vergleich zu 1938 bei einem Stande von 92-Prozent angelangt. Zumindest für die arbeitende Bevölkerung gilt deshalb nicht die Feststellung in der Interpellation, daß die Kaufkraft nur etwa zwei Drittel derjenigen von 1938 beträgt.

Diese Feststellungen waren notwendig, um den richtigen Vergleichsmaßstab für die derzeitige Entwicklung der Preise zu finden. Diese Entwicklung ist besorgniserregend; denn seit etwa vier Wochen ist auf zahlreichen Gebieten eine nicht unerhebliche Preissteigerung eingetreten. So hat sich der Preis des **Roggenbrotes** von 44 auf 46 ₰ pro Kilogramm, also um rund 4,7 Prozent, des **Mischbrotes** von 50 auf 55 ₰ , also um 10 Prozent, des **Weißbrotes** von 70 auf 80 ₰ um 14,3 Prozent, des **Weizenmehls** Type 1050 von 50 auf 58 und der Type 550 von 56 auf 62 ₰ erhöht. Auch der Preis für **Schweinefleisch** ist erheblich gestiegen, von 3,14 auf über 4 DM pro Kilo. Ein Kilogramm **Schweineschmalz** kostete Ende Juli 1950 3,70 DM und stellte sich am 11. August auf 4,40 DM. Dagegen sind die Preise für **Haferflocken** und **Teigwaren** vorläufig noch fast unverändert geblieben.

(Abg. von Knoeringen: Aber nicht im Kramerladen!)

(Dr. Müller, ftv. Ministerpräsident)

— Herr Kollege, ich schlage vor, daß wir nächstens gemeinsam im Kramerladen antreten, um unsere Preise zu vergleichen.

(Heiterkeit. — Abg. Hagen Lorenz: Das würde vielleicht besser sein!)

Beim Bier ist sogar mit einer wesentlichen Reduzierung in Bälde zu rechnen. Sinkende Tendenz weisen **Gemüse** und **Fische** auf. Es wäre aber nicht zu verantworten, die Preisentwicklung zu bagatellisieren, wenn auch der aufgezeigte Lebenshaltungsindex und die vorgetragenen Wochenstundenverdienste noch keinen chaotischen Zustand erkennen lassen; dazu ist die Schicht der von dieser Entwicklung empfindlich getroffenen Menschen zu groß.

Die Staatsregierung leitet aus dieser Erkenntnis die Verpflichtung ab, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um dem zur Zeit auf rund 154 Punkte des Jahres 1938 gestiegenen Index der Lebenshaltungskosten wieder eine rückläufige Tendenz zu verleihen. Die Wahl der Mittel wird hierbei weitgehend von den Ursachen abhängen, die die Preissteigerungen hervorgerufen haben. Bestimmend für diese Entwicklung waren in erster Linie drei Faktoren:

1. Der teilweise Fortfall der für Importgetreidegüter gewährten Subventionen sowie die in Aussicht gestellte Erhöhung der Preise für Inlandsgetreide und die daraus resultierende Steigerung der Preise für Mehl, Brot und Nahrungsmittel;

2. das durch die internationalen Spannungen, insbesondere durch den Koreakonflikt bedingte Ansteigen der Weltmarktpreise;

3. die durch die allgemeine Kriegspsychose hervorgerufenen Angstkäufe weiter Bevölkerungskreise.

Die bayerische Staatsregierung ist der Ansicht, daß ein weitgehender Abbau der Subventionen auf längere Sicht nicht zu umgehen sein wird, daß er jedoch etappenweise vorgenommen werden muß. Hier liegt allerdings die Entscheidung bei der Bundesregierung, deren zögernde Haltung und unklare Einstellung gegenüber dem Fortfall der Subventionen und der Festsetzung des Brotpreises und der Getreidepreise die Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen Preissituation gefördert hat.

(Hört! Hört! und Bravo! bei der SPD.)

Die bayerische Staatsregierung, die auf dem Gebiet der Preisbildung und Preisüberwachung nur durchführendes Organ des Bundes ist, wird mit allem Nachdruck eine Überschreitung der festgesetzten Preise zu verhindern suchen.

Schwieriger ist die Eindämmung der **Preisaufrieb-Tendenzen** bei denjenigen Gütern, die aus dem **Ausland** eingeführt werden müssen und für die keine Preisbindungen bestehen. Da es kaum noch Rohstoffe gibt, die für die **Rüstungsproduktion** entbehrlich sind, ist auf manchen Gebieten bereits eine Verknappung zu beobachten, die sich in Preissteigerungen auf dem Weltmarkt auswirkt. Es wird eine ernste Verpflichtung für den Bund und die Länder sein, insbesondere die breite Masse vor ungerechtfertigten Preissteigerungen, die sich aus der Erhöhung der Baumwoll-, Woll-, Häute-, Leder-, Rautschul- und Buntmetallpreise ergeben, zu

schützen. Es müssen deshalb Maßnahmen getroffen werden, die die Auswirkung der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht allein dem letzten Verbraucher aufbürden, sondern auch anderen einen Teil der Last zu tragen geben.

(Abg. Zietzsch und Bezold Otto: Sehr richtig!)

Die bayerische Staatsregierung wird in dieser Hinsicht ihren Einfluß beim Bund geltend machen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß weitgehend **psychologisch erklärbare Momente** mit für die Preissteigerung verantwortlich sind. Die Veröffentlichungen des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung lassen erkennen, daß in den meisten wichtigen Wirtschaftszweigen eine beträchtliche Steigerung des Umsatzes zu beobachten ist. Wenn es sich hierbei auch im wesentlichen um **saisonale Entwicklungstendenzen** handelt, so kann doch nicht übersehen werden, daß von vielen Angstkäufe getätigt wurden und noch werden.

Alle Stellen, die auf die öffentliche Meinung Einfluß haben, sollten sich bemühen, in einer Situation, die einer Auseinandersetzung zwischen West und Ost gleichkommt, die Leidenschaften und die Erregung der Massen zu dämpfen und nicht durch politische Maßnahmen noch zu steigern. Man mag zu dem Vorschlag der Bundesregierung, ein sogenanntes **Konsumbrot** einzuführen, stehen wie man will; es scheint mir unzweckmäßig, wenn von der zweitgrößten Fraktion des Bundestags in der Brotpreisdebatte hieraus ein „Armeleutebrot“ gemacht wurde.

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz.)

— Wir können, glaube ich, dieses „Armeleutebrot“ ganz gut essen und vertragen es ganz gut, und wir nehmen dabei nicht ab, Lorenz Hagen.

Das gleiche gilt für die Angriffe hinsichtlich der „krassen Selbstsucht raffender Kreise“, wie es in der Interpellation heißt, die den schaffenden Ständen gegenübergestellt werden. Es besteht hier die **Gefahr einer Verallgemeinerung** und damit der **Diffamierung ganzer Stände**, deren Schuld oder Verantwortung keineswegs erwiesen ist. Allerdings wird dort, wo Warenzurückhaltung und eine unangemessene Preissteigerung zu beobachten ist, unnachlässig eingeschritten werden müssen. Die Staatsregierung hat bereits die entsprechenden Anweisungen an die zuständigen Behörden gegeben. Bei der Interpellationsbegründung wurde schon die Anweisung wiedergegeben, die ich an die Generalstaatsanwälte in München, Nürnberg und Bamberg hinausgegeben habe. Ich darf bemerken, daß es bei dieser Anweisung nicht geblieben ist. Ich halte es aber für unzweckmäßig, sämtliche Maßnahmen so bekanntzugeben, daß sich jeder darauf einrichten kann.

(Zuruf des Abg. Drechsel.)

Zu dem, was Herr Kollege Waldemar von Knoeringen bei der Begründung der Interpellation gesagt hat, darf ich bemerken: ich habe in meiner Anweisung auch schon darauf hingewiesen, daß die in den Gesetzen, insbesondere im Wirtschaftsstrafgesetz vorgesehenen Nebenstrafen und Nebenfolgen wie Berufsverbot, Betriebschließung, Abführung des Mehrerlöses und öffentliche Bekanntmachung von Urteilen (§§ 33 ff. des Wirtschaftsstrafgesetzes) voll auszuschöpfen sind. Ich habe weiterhin, gerade um auf die Strenge der Situation

(Dr. Müller, 1st. Ministerpräsident)

hinzuweisen, erklärt, daß gegen zu milde Urteile die Staatsanwaltschaften die zulässigen Rechtsmittel einzulegen haben. Ich habe weiterhin erklärt, die Einstellung von Verfahren wegen Geringfügigkeit nach § 153 der Strafprozeßordnung wird in aller Regel ausgeschieden.

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz.)

Ich hoffe, daß auch die Richter und Staatsanwälte, die ja im Volk leben und damit auch in dieser Situation stehen, die Konsequenzen aus diesen Anweisungen ziehen werden.

Mit diesen Ausführungen glaube ich die ersten vier Absätze der Interpellation beantwortet zu haben. Ich wiederhole, daß auch die bayerische Staatsregierung mit der Steigerung der Preise lebensnotwendiger Güter ernste wirtschaftliche, soziale und politische Gefahren verbunden sieht. Aus grundsätzlichen Erwägungen hält sie allerdings eine generelle Lohnerhöhung mit dem Ziele der völligen Angleichung des Reallohns an den Stand von 1938 für unzweckmäßig. Die Senkung der Arbeiter- und Handelsspannen seit der Geldreform bis Juli 1950 läßt die Gefahr entstehen, daß erhöhte Löhne nicht mehr aufgefangen werden können, sondern umgekehrt die Preis-Lohn-Spirale mit schwerwiegenden Folgen insbesondere für unsere Außenwirtschaft in Bewegung gesetzt wird. Außerdem würde eine generelle Lohnerhöhung im gegenwärtigen Zeitpunkt eine verstärkte Nachfrage nach gewissen Mangel- und knappen Einfuhrgütern auslösen und dadurch ebenfalls eine Preissteigerung herbeiführen. Im übrigen ist es Sache der Tarifparteien, in dieser Frage eine Lösung zu finden.

Die bayerische Staatsregierung hält im Falle einer akuten, um nicht zu sagen katastrophalen Preissteigerung, von der zur Zeit noch nicht gesprochen werden kann, eine Preispolitik für zweckmäßig, wie sie feinerzeit nach der Geldreform in den preispolitischen Leitfäden verankert wurde.

Aus den gleichen sachlichen Gründen hält die bayerische Staatsregierung die Einführung einer Teuerungszulage für unangebracht. Es könnte sich hierbei für den Staat sowie für nur um einen beschränkten Personenkreis, nämlich um die Unterstützung der im Staate Beschäftigten handeln. Die Kassenlage des bayerischen Staates ist zur Zeit bereits so besorgniserregend, daß die Auszahlung der Löhne und Gehälter auf dem jetzigen Stand nur mit großen Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte. Eine derartige Maßnahme würde einen rücksichtslosen Personalabbau erfordern, da neue Einnahmequellen nicht erschlossen werden können.

Daß aus den bayerischen Staatskassen keine Teuerungszulagen für private Arbeitnehmer oder Sozialrentner bereitgestellt werden können, scheint mir keiner weiteren Darlegung zu bedürfen. Eine Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung kann nur auf Bundesebene erfolgen. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß am 1. Juni 1949 durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz noch eine wesentliche Erhöhung der Renten stattgefunden hat, und zwar wurden im Bereich der Angestelltenversicherung das Ruhegeld um etwa 18 Prozent und die Witwenrente um etwa 10 Prozent und im Bereich der Invalidenversiche-

rung die Invalidenrente um 45 Prozent, die Witwenrente um 48 Prozent und die Waisenrente um 97 Prozent erhöht. Auch hinsichtlich der Situation der Fürsorgempfänger hat sich in den vergangenen zwei Jahren eine nicht unbeachtliche Verbesserung ergeben. Bayern steht den anderen Ländern hier nicht nach. Die Richtsätze, deren Feststellung von den Stadt- und Landräten als Selbstverwaltungsaufgabe wahrgenommen wird, liegen durchschnittlich $33\frac{1}{3}$ Prozent über den Sätzen vom 1. Juli 1948.

Wenn auch diese Angaben nicht unmittelbar das Preisproblem betreffen, so stehen sie doch in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten für die von krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen stets am meisten Betroffenen.

Abschließend darf ich zu der Frage Stellung nehmen, was die bayerische Staatsregierung im Bundesrat oder in eigener Zuständigkeit getan hat, um den Auswirkungen der Teuerungswelle zu begegnen. Die für die Preisüberwachung und Preisregelung zuständigen bayerischen Behörden sahen seit Ende Juli 1950 ihre wichtigste Aufgabe darin, die nicht zu umgehende Brotpreiserhöhung solange als möglich aufzuschieben und in mäßigen Grenzen zu halten. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß eine bundeseinheitliche Regelung der Getreidepreise bis heute noch nicht erfolgt ist, so daß es auf diesem Sektor weitgehend von der Disziplin des Handels abhängt, ob eine Preisentwicklung eintritt, die noch vertretbar ist oder nicht. In Bayern wurden die Preisüberwachungsbehörden angewiesen, die Preise für Konsumbrot, Mehl und Inlandsgetreide intensiv zu überwachen. Ich bitte allerdings zu bedenken, daß zur Zeit gegen Preisüberhöhungen bei allen nicht preisgebundenen Waren nur noch bei ausgesprochener Preistreiberei nach § 19 des Wirtschaftsstrafgesetzes eingeschritten werden kann. Es darf im übrigen noch darauf hingewiesen werden, daß seit 7. August 1950 in 13 Groß-, Mittel- und Kleinstädten Bayerns eine laufende Preisbeobachtung für ausgewählte wichtige Nahrungs- und Genussmittel sowie gewerbliche Verbrauchsgüter eingeführt wurde. Die Bemühungen der Preisüberwachungsstellen werden jedoch vergeblich sein, wenn nicht die Mitarbeit der Verbraucherschaft bei der Feststellung von Preisüberschreitungen und Preistreiberien intensiver wird.

Die Anfrage der SPD-Fraktion könnte den Eindruck erwecken, daß die Länderregierungen in der Preispolitik eine selbständig entscheidende Zuständigkeit besitzen. Nach dem Grundgesetz und nach dem geltenden Preisgesetz ist diese jedoch Sache des Bundes; demgemäß erfolgt die Freigabe von Preisen und der Erlass von allgemein geltenden Preisvorschriften, soweit nicht eine ausdrückliche Delegation im Einzelfall auf die Landesbehörden ergangen ist, durch die Bundesregierung. Bei volks- und sozialpolitisch wichtigen Waren und Leistungen werden die gesetzgebenden Körperschaften, der Bundestag und der Bundesrat, eingeschaltet. Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft als oberste Landespreisbehörde hat somit keine Möglichkeit, durch eigene Preisvorschriften Preisaufliebenden Tendenzen entgegenzuwirken.

Zum Schluß erlaube ich mir nur noch eine Bemerkung: Wirtschaftliche Notzustände und Krisenerscheinungen können nicht durch Paragraphen und staatliche

(Dr. Müller, fzw. Ministerpräsident)

Eingriffe allein behoben werden. Solche Maßnahmen sind nur **korrektiv** möglich. Ohne eine durch die Vernunft bestimmte Mithilfe aller verantwortlichen Bevölkerungsteile ist die Auflösung solcher Notzustände nicht herbeizuführen. Darüber mögen sich auch diejenigen klar sein, denen die gegenwärtige Marktwirtschaft Vorteile gebracht hat. Nur zu leicht wird rücksichtslose, unsoziale Ausnützung der marktwirtschaftlichen Prinzipien den Zwang zur Rückkehr in die behördliche Verwaltungswirtschaft ergeben.

Deshalb appelliert die Regierung in dieser Situation an das Verantwortungsbewußtsein aller Menschen, die am Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens teilhaben.

(Beifall bei der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf: Doch, fünf Redner sind zur Aussprache gemeldet.)

— Ich stelle fest, daß keine Wortmeldungen vorliegen.

(Abg. Dr. Kief: Ich stelle fest, daß ich mich vorhin zum Wort gemeldet habe. — Abg. von Knoeringen: Zuerst muß festgestellt werden, ob eine Aussprache gewünscht wird.)

— Ich frage das Haus, ob sich jetzt sofort eine Aussprache anschließen soll.

— Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, bitte!

Dr. Hundhammer (CSU): Für den Fall, daß eine Aussprache gewünscht wird, würde ich bitten, sie jetzt nicht anzuschließen; denn es ist nahezu 12 Uhr 30 Minuten, und die Aussprache würde wahrscheinlich über Mittag nicht mit Ruhe zu Ende geführt werden können. Deshalb würde ich empfehlen, die Aussprache zu Beginn der nächsten Sitzung anzusehen, falls sie verlangt wird.

(Abg. von Knoeringen: Einverstanden!)

Vizepräsident Hagen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Eine Aussprache zur Interpellation wird gewünscht. Wir sind aber mit dem Vorschlag des Herrn Dr. Hundhammer einverstanden, sie bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Vizepräsident Hagen: Das Haus ist damit einverstanden, ich stelle das fest.

Ich muß jetzt noch einen Punkt der Tagesordnung aufnehmen, nämlich den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Anlage zu Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 29. März 1949 (GVBl. S. 69, 103) über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) — (Beilage 4143).

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen

zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht, ich werde so verfahren.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet, da der Herr Kollege Dr. von Brittwitz nicht da ist, Herr Abgeordneter Dr. Hoegner. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat in seiner Sitzung vom 7. August 1950 sich mit einer Änderung der Anlage zu Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 29. März 1949 (GVBl. S. 69, 103) über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) — Beilage 4116 — beschäftigt. Die vorgeschlagene Änderung besteht darin, daß aus dem Stimmkreis XII der Stadt München der Stadtbezirk 38 (Stadtteil Untermenzing-Mllach) mit 17 500 Einwohnern herausgenommen und dem Stimmkreis XIII zugeteilt wird. Der Ausschuß hat sich einmütig mit dieser Änderung einverstanden erklärt. Das Gesetz soll am 15. September 1950 in Kraft treten.

Ich gebe dem hohen Haus anheim, dem Beschluß des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen beizutreten.

Vizepräsident Hagen: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf § 1 im Wortlaut auf Beilage 4116. — Widerspruch erfolgt nicht, ich stelle die Annahme fest.

Es folgt § 2, der das Gesetz für dringlich erklärt. Es tritt am 15. September 1950 in Kraft. Auch hier stelle ich die Zustimmung des Hauses fest. Die erste Lesung ist damit beendet.

Wir treten in die **zweite Lesung** ein. Ich eröffne die Aussprache. — Ich schließe die Aussprache mangels Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf die §§ 1 und 2. — Ich stelle fest, daß die beiden Paragraphen in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung die Zustimmung des Hauses auch in der zweiten Lesung gefunden haben. Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über den Gesetzentwurf. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht, ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Das Gesetz hat den Titel: Gesetz zur Änderung der Anlage zu Art. 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 29. März 1949 (GVBl. S. 69, 103) über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz).

Ich stelle fest, daß auch die Überschrift die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Ich erteile das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung dem Herrn Abgeordneten Hofmann.

Hofmann (SPD): Hohes Haus! Der Abgeordnete K r e m p l hat mich, wie aus Zeitungsberichten bekannt wird, beim Ältestenrat angeklagt, daß ich in einer Versammlung in Schwandorf zum Boykott seines Geschäftes aufgefordert hätte. In der vorgestrigen Sitzung des Landtags hat er diese Behauptung wiederholt. Er hat sich auch beschwerdeführend an meine Fraktion gewandt.

Zur Steuer der Wahrheit sei folgendes gesagt: Ausführungen, wie sie mir vom Abgeordneten K r e m p l unterschoben werden, habe ich nicht gemacht, und ich weise deshalb eine solche Anschuldigung auf das entschiedenste zurück. In meinen Ausführungen über das Betriebsrätegesetz habe ich lediglich festgestellt, daß sich bei der Beratung des § 11 der Abgeordnete K r e m p l durch einen Verschlechterungsantrag besonders hervorgetan hat, den er mit dem Abgeordneten Schmid Karl eingebracht hat, wodurch Hunderttausende von Arbeitnehmern in den kleineren handwerklichen Betrieben Bayerns um den Betriebschutz gebracht werden. Ich sagte weiter: „Seht Euch deshalb bei der Wahl den Kandidaten etwas näher an, besonders auch dann, wenn er Josef K r e m p l heißt!“

Diese Tatsache festzustellen, halte ich für meine Pflicht; sie ist mein gutes demokratisches Recht. Die Wahrheit tut allerdings weh. Herr Abgeordneter K r e m p l kann diese Wahrheit anscheinend nicht vertragen. Wenn er im Landtag anders redet als draußen, so muß er das mit sich selbst ausmachen. Wenn Herr Abgeordneter K r e m p l es wünscht, dann bin ich gerne bereit, meine Ausführungen in einer Versammlung in Schwandorf in seinem Beisein zu wiederholen und mir die Richtigkeit meiner Feststellungen bestätigen zu lassen. Es ist in Schwandorf nicht nur öffentlich, sondern auch amtlich bekannt, daß der Herr Abgeordnete K r e m p l sehr stark zu Übertreibungen neigt. Es ist dies meines Wissens auch einmal amtlich festgestellt worden.

Vizepräsident Hagen: Zu einer persönlichen Erklärung hat der Herr Abgeordnete K r e m p l das Wort.

K r e m p l (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich war nicht in der Versammlung, in der der Herr Leo Hofmann, der in der ganzen Oberpfalz bekannt ist, gesprochen hat. Er ist sehr bekannt,

(Heiterkeit)

insbesondere bei den Eisenbahnern. Es kamen zu mir zwei Männer, die in der Versammlung waren und sagten: „Herr Abgeordneter, das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen, daß der Leo Hofmann in einer solchen Weise gegen Sie aufgefahren ist. Sie sollen das Gesetz verhindert haben. Wenn das Gesetz angenommen worden wäre, hätten wir schon Mittel gehabt, um gegen die Teuerung vorzugehen. Er hat gesagt: Ihr werdet auch wissen, daß Ihr in Zukunft solche Geschäfte meidet. Er hat auch die anderen Abgeordneten mit gemeint.“

(Abg. Hofmann: Ich weiß nicht mal, was Du für ein Geschäft hast.)

Ich möchte folgendes feststellen: Ich bin ans Telefon gegangen und habe den Gewerkschaftssekretär Max Thun angerufen, der allen Sozialdemokraten in der Oberpfalz bekannt ist. Ich fragte ihn: „Gibt es das, daß der Leo Hofmann so etwas gesagt hat?“ — Er sagte: „Ja!“ — Ich habe ihm dann gesagt, er solle es etwas langsamer durchgehen, damit es meine Sekretärin mitschreiben kann. Das, was der Gewerkschaftssekretär mir angegeben hat, habe ich pflichtgemäß und ehrenhalber den Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt. Das bin ich meiner Ehre schuldig. Jetzt werde ich die Sache vor das Gericht bringen, um durch das Gericht feststellen zu lassen, was Herr Leo Hofmann gesagt hat.

(Zurufe von der CSU.)

Vizepräsident Hagen: Ich bitte, es dem Präsidenten zu überlassen, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung festzusetzen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 33 Minuten.)